

HARALD HOHMANN

Angemessene
Außenhandelsfreiheit
im Vergleich

Jus Publicum

89

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 89



Harald Hohmann

Angemessene Außenhandelsfreiheit im Vergleich

Die Rechtspraxis der USA, Deutschlands
(inklusive der EG) und Japans zum Außenhandel
und ihre Konstitutionalisierung

Mohr Siebeck

Harald Hohmann, geboren 1956; Studium sowohl der Rechtswissenschaften als auch der Politikwissenschaft nebst Soziologie in Münster/Westfalen und Genf (1976–83) mit Stipendium des Cusanuswerks; Zivildienst in Münster/W und 1985–88 Referendarzeit am Oberlandesgericht Hamm (Wahlstation in der EG-Kommission); zunächst an der Universität Tübingen (bei Prof. Graf Vitzthum) und dann von 1988 bis 1993 an der Universität Frankfurt/Main (bei Prof. Bothe) wissenschaftlicher Mitarbeiter; 1992 Promotion zum Dr. jur.; 1993 bis 1996 Habilitand mit einem Stipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Forschungsaufenthalte an mehreren Universitäten der USA und Japans); seit 1996 als Rechtsanwalt tätig in Frankfurt/Main; seit 1999 Vorlesungen als Privatdozent an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung des Fachbereichs Rechtswissenschaft der Universität Frankfurt/Main gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hohmann, Harald:

Angemessene Außenhandelsfreiheit im Vergleich : die Rechtspraxis der USA, Deutschlands (inklusive der EG) und Japans zum Außenhandel und ihre Konstitutionalisierung / Harald Hohmann. – Tübingen : Mohr Siebeck, 2002

(Jus publicum ; Bd. 89)

ISBN 3-16-147825-8 978-3-16-158013-0 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 2002 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Times-Antiqua gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0941-0503

Vorwort

Die vorliegende Studie, die im wesentlichen zwischen 1994 und 1997 entstand, wurde 1998 von der Juristischen Fakultät der Johann Wolfgang – Goethe Universität Frankfurt/Main als Habilitationsschrift angenommen.

Neuentwicklungen der Literatur nach 1998 konnten nur vereinzelt berücksichtigt werden¹. Dies gilt etwa für Bemühungen um eine Neubestimmung des Rechtsetzungsprozesses, welche ein Primat der Regierung annehmen². Dies gilt auch für den Vorschlag der beiden Referenten auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht von 2001³, für die Konstitutionalisierung des Welthandels auf ein *mainstreaming* des WTO-Rechts abzustellen: Indem über ein sehr effektives WTO-Streitbeilegungsverfahren die Einhaltung der WTO-Regeln faktisch erzwungen werden könne, werde eine Konstitutionalisierung im Form der Beachtung der WTO-Regeln erreicht. In der vorliegenden Studie wird stattdessen der Ansatz verfolgt, daß diese potentiell konstitutionellen Regeln national einen Anwendungsvorrang vor den Gesetzen genießen sollten, weil sie sonst jederzeit zur Disposition des nationalen Gesetzgebers stehen. Ich hoffe, damit die bisherige Debatte zur Konstitutionalisierung des Welthandels anreichern zu können.

Der Vergleich dreier Rechtsordnungen gerade zu einem wenig transparenten Praktikerrecht war eine sehr große Herausforderung, zumal hierfür erhebliche empirische Arbeit (häufig in Form von Interviews) aufgewendet werden mußte, um die gravierenden Unterschiede zwischen *law in books* und *law in action* beleuchten zu können. Für die Erforschung des amerikanischen und japanischen Rechts fanden folgende Forschungsaufenthalte (mit einer Gesamtlänge von 14 Monaten) statt:

- University of Michigan, Ann Arbor (September – Oktober 1992)
- University of California, Berkeley (August – Dezember 1993)
- Universities of Kobe/Tokyo (April – Juni 1994)
- University of California, Berkeley (Juli 1994)
- Georgetown University, Washington DC (Februar – April 1995).

¹ Einige wenige der hier für Japan aufgeworfenen Fragen wurden im Rahmen des WTO-Panel Reports vom 31.03. 1998 (WT/DS/44, *Kodak-Fuji*) thematisiert. Bei etwa zwei der bis dato verwaltungsrechtlich umstrittenen Fragen an das deutsche Außenwirtschaftsrecht konnte inzwischen ein Konsens erreicht werden; dieses wurde in den Fußnoten vermerkt.

² Vgl. v. *Bogdandy*, Gubernative Rechtsetzung, S. 3ff.

³ Vgl. die Beiträge von *Benedek* und *Hilf*, in: Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht 2001, i.E.

Selbst das Mitschleppen großer Bücherkisten von allen Forschungsaufenthalten bzw. das Nachschicken von Büchern konnte nicht ganz verhindern, daß der *Stand des japanischen bzw. amerikanischen Rechts* etwa im Dezember 1995 (Japan) bzw. im Mai 1997 (USA) liegt (Aktualisierungen geschahen bis zum *Jahr 1999*). Während des dreijährigen Habilitationsstipendiums der DFG (Oktober 1993 bis September 1996) erfolgte die Erforschung der drei Länder der Triade, wobei pro Land etwa ein Jahr für Forschungsarbeit investiert wurde. (*Der Stand des deutsch-europäischen Rechts* liegt im März 2001). Das Schreiben der Habilitationsschrift lag dann im verflixten vierten Jahr, als eine Fortsetzung des DFG-Habilitationsstipendiums ausschied und die komplette Arbeit neben einer vollen Tätigkeit als Anwalt verfasst wurde.

Das Erstgutachten hat mein Doktorvater Prof. *Michael Bothe* mit großer Sorgfalt angefertigt, dem ich hierfür herzlich danke. Prof. *Armin von Bogdandy* sei für das Zweitgutachten gedankt. Zu Beginn meiner Assistententätigkeit beim Doktorvater hatte Herr *Bothe* mich darin unterstützt, eine Dissertation im Umweltvölkerrecht zu schreiben. Da die Habilitationsschrift aus dem Bereich des öffentlichen Rechts kommen sollte, beschloß ich, das liebgewonnene Feld des Umweltrechts zu verlassen und stattdessen ein Gebiet des Wirtschaftsverwaltungsrechts zu „erobern“. Das Außenwirtschaftsrecht wurde deswegen ausgewählt, weil es noch weitgehend unerforscht war (erst nach Halbzeit meiner Arbeit erfuhr ich von der Habilitationsschrift von *Volker Epping*⁴, die einen anderen Schwerpunkt hatte). Im Rahmen meiner Mitarbeit am dreijährigen DFG-Forschungsprojekt rechtlicher Probleme grenzüberschreitender Datenflüsse⁵ zu Beginn meiner Assistentenzeit hatte ich erstmals festgestellt, daß mir die Erforschung des Außenwirtschafts- und WTO-Rechts Spaß machte; das Verfassungsrecht gehörte schon immer zu meinen Steckenpferden. Diese Freude habe ich im Laufe der Arbeit – trotz mancherlei Härtephasen – nicht verloren und im Rahmen des Kommentar zum Ausfuhrrecht⁶ weiter vertieft; ich hoffe, daß sie sich auch auf den Leser des Buches überträgt.

Zu danken habe ich einer Vielzahl der im Anhang aufgeführten Gesprächspartner, die sich sehr viel Zeit für Diskussionen genommen haben – vor allem die japanischen und z. T. die amerikanischen Interviewpartner haben meine Gesprächsprotokolle autorisiert – und ohne die diese Arbeit kaum hätte gelingen können. Drei Personen sollen neben dem Doktorvater besonders hervorgehoben werden: Prof. *Bruno Simma* (München) regte eine rechtsvergleichende Arbeit und den Forschungsaufenthalt in Ann Arbor (Michigan) an. Ohne die um-

⁴ Vgl. *Epping*, Die Außenwirtschaftsfreiheit, Tübingen 1998.

⁵ Vgl. *Bothe/Kilian*, Rechtsfragen grenzüberschreitender Datenflüsse, Köln 1992.

⁶ *Hohmann/John* (Hrsg.), Kommentar zum Ausfuhrrecht, München 2002. In dem Kommentar finden sich Detailbetrachtungen, die im Rahmen dieser Studie nicht möglich sind. (Die redaktionelle Betreuung des Kommentars führte zu einer gut zweijährigen Verzögerung bei der Veröffentlichung der Habilitationsschrift).

fangreichen Hilfestellungen von Prof. *Satoru Taira* (Osaka City University), den ich in Ann Arbor traf und der den Einbezug Japans anregte, hätte das Länderkapitel Japan kaum geschrieben werden können. Daß die Habilitationsschrift trotz widrigster Umstände noch im vierten Jahr innerhalb von nur 12 Monaten fertiggestellt werden konnte, ist vor allem das Verdienst meiner Partnerin *Petra Hennes*, die mich in jeder nur erdenklichen Weise auch dann unterstützte, wenn ich angeblich etwas verzagt gewirkt haben soll.

Schließlich danke ich der *Deutschen Forschungsgemeinschaft* sehr herzlich für die Gewährung sowohl des dreijährigen Habilitationsstipendiums als auch des Druckkostenzuschusses.

Büdingen, im September 2001

Harald Hohmann

Anhang: Liste der wichtigsten Gesprächspartner

1. in Ann Arbor

- a) Supervisor: *John H. Jackson*
- b) Vorlesungen: *John H. Jackson* (internationales Wirtschaftsrecht) und *Mitsuo Matsushita* (japanisches Wirtschaftsrecht)
- c) Professoren der Universität: *Eric Stein, Donald H. Regan, Matthias Reimann, Jeffrey Lehmann, Virginia Gordon* u.a.
- d) *Visiting scholars* in Ann Arbor: *Christoph Vedder* (Universität Augsburg), *Günther Handl* (Wayne State University Detroit), *Giorgio Gaja* (Universität Florenz), *Pierre-Marie Dupuy* (Universität Paris), *Satoru Taira* (Osaka City University) u.a.
- e) Außerhalb der Universität: *Julie Woo* (Ann Arbor)

2. in Kobe

- a) Supervisor: *Akira Negishi* (University of Kobe)
- b) Professoren der Universität Kobe: *Toshijuki Munesue, Takehisha Nakagawa, Yasutaka Abe, Yoshiro Ohara, Atsushi Yamashita*, u.a.
- c) Professoren an weiteren Universitäten: *Katsumi Sawada* (Niigata University), *Toru Iwama, Toshimitsu Kitagawa* (Seinan Gakuin University Fukuoka), *Satoru Taira, Yuji Iwasawa* (Osaka City University), *Akio Shimizu* (Waseda University), *Hans-Jürgen Marx* (Nanzan University Nagoya) u.a.

3. in Tokio

- a) Supervisoren: *Katsuya Tamai* und *Akira Wani* (University of Tokyo)
- b) Professoren: *Kazayuki Takahashi, Dan F. Henderson* (Tokyo University),

Mitsuo Matsushita, Hiroshi Shiono, Zenichi Shishido (Seikei University), *Shinya Murase* (Sophia University) u. a.

- c) Ministerien: *Ichiro Nakayama, Midori Tani, Tetsuo Onda, Kazuhiro Takahashi* u. a. (MITI) und Beamter der Außenministeriums
- d) Vertreter der Wirtschaft: Direktoren des CISTEC und der *Japan Trade Insurance Association*, Mitarbeiter und Mitglieder der *Japanese Machine Exporters Association*, ein führendes Mitglied des Industrieverbandes *Keidanren*, sowie Anwalt *Reinhard Neumann*

4. in Berkeley

- a) Supervisoren: *Richard M. Buxbaum* und *David D. Caron* (UC at Berkeley Law School)
- b) Vorlesungen: *Stefan A. Riesenfeld* (Rechtsvergleichung), *Robert C. Post* (US-Verfassungsrecht)
- c) Professoren der Universität Berkeley: *Jesse H. Choper, Martin M. Shapiro, Michael E. Smith, John Choon Yoo* u. a.
- d) *Visiting scholars* in Berkeley: *Ruth Gordon* (Villanova University), *Michel Hottelier* (Universität Genf), *Zenishi Shishido* (Seikei University Tokio), *Kichimoto Asaka* (Tokyo University), *Michinobu Yasumoto* und *Harushi Somaya* (MITI)
- e) Professoren an der University of Washington at Seattle: *Dan F. Henderson* und *John O. Haley*

5. in Washington DC

- a) Supervisor: *Richard Diamond* (Georgetown Law School)
- b) Professoren der Georgetown Law School: *Mark Tushnet, Chuck Gustafson, Carl Green* u. a.
- c) *Visiting Scholars* in Washington: *Peter Winship* (Southern Methodist University), *Wolfgang Mincke* (Universität Maastricht), *Hiroshi Iida* (Kyoto) und vor allem *Gabriela T. Mastaglia* (University Cat. Argentina).
- d) Professoren an anderen Universitäten: *Detlev F. Vagts, Daniel H. Foote* (Harvard Law School), *John H. Jackson, Jose E. Alvarez* (University of Michigan Law School), *J. Mark Ramseyer, Richard A. Epstein* und *Alan Sykes* (University of Chicago Law School)
- e) Ministerien und Bundesverwaltung: *Barry E. Carter, Larry E. Christensen* u. a. (Dpt. of Commerce), *Edward R. Cummings* (Dpt. of State), *William B. Hoffmann* (Dpt. of Treasury/OFAC), Mitarbeiter des USTR, *Randy J. Rydell* (Senate Committee on Governmental Affairs), *Zachary S. Davis* (Congressional Research Service)
- f) Vertreter der Wirtschaft: *William A. Root* (Exportberater), *Gary Litman* (US Chamber of Commerce), *Howard Lewis III* (National Association of Manu-

facturers), *Nicholas F. Coward* (Baker & McKenzie), *Peter T. Trooboff* (Covington & Burling) u.a.

6. *in Deutschland und Brüssel*

- a) Supervisor an der Universität Frankfurt: *Michael Bothe*
- b) andere Professoren: *Michael Wolfgang*, *Volker Epping* und *Albert Bleckmann* (Universität Münster/W.), *Eckard Rehbinder* und *Michael Stolleis* (Universität Frankfurt/Main), *Bruno Simma* und *Klaus Vogel* (Universität München), *Thomas Oppermann* (Universität Tübingen), *Meinhard Hilf* und *Harald Baum* (Universität Hamburg), *Heinrich Menkhaus* (Universität Leiden), Mitarbeiter der *Hessischen Stiftung für Frieden und Konfliktforschung* (Frankfurt/M.)
- c) Doktoranden *Lorenz Ködderitzsch* (Freiburg/Düsseldorf) und *Ulrich Karpenstein* (Mannheim/Bonn).
- d) Ministerien/Bundesverwaltung sowie EG: *Volker Hahn* (BMW), *Olaf Simonsen*, *Stefan Krakowka* u.a. (BAFA), Beamte des AA, *Jörn Sack* u.a. (EG-Kommission)
- e) Vertreter der Wirtschaft: *Klaus John* (ZVEI), Mitarbeiter des VDMA und des VCI, Vertreter mehrerer Firmen, *Ulf R. Siebel* (Heuking Kühn Lüer Wojtek, Frankfurt), *Alexander Reuter* und *Gerrit Schohe* (White & Case, Feddersen, Düsseldorf bzw. Brüssel), *Carl-Otto Lenz* (Baker & McKenzie, Brüssel), *Klaus Friedrich* (BDO Deutsche Warentreuhand, Frankfurt), *Hinrich Glashoff* (Schürmann & Glashoff, Frankfurt), Anwälte *Harald Roth* (Bad Soden) und *Olaf Kreuzer* (Aub).
- f) außerhalb der Universität: *Manfred Neese* (Münster/W.)

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Abkürzungsverzeichnis	XVIII
<i>Kapitel I: Einleitung</i>	1
1. Einschränkung der Thematik und Fragestellung der Arbeit	1
a) Einschränkung der Thematik (angesichts der rechtlichen Herausforderungen durch die Globalisierung)	1
b) Die Fragestellung der Arbeit	3
2. Die fünf außenhandelsbezogenen Freiheitsinteressen	10
3. Die fünf außenhandelsbezogenen Beschränkungsinteressen	13
4. Gang der Darstellung	15
<i>Kapitel II: Die wesentlichen ökonomischen, politischen, soziokulturellen, völkerrechtlichen und binnenrechtlichen Einflußfaktoren (unterhalb der Verfassung) auf den Außenhandel der Staaten der Triade (USA, Japan, Deutschland/EU)</i>	17
1. <i>Ökonomische Einflußfaktoren</i>	19
a) Abhängigkeit von Export/Import (einschließlich geographischer Merkmale)	20
aa) Marktindikatoren	20
bb) Regionale Handelsgewichtung	25
cc) Absolute Handelsabhängigkeit	30
dd) Zwischenergebnis:	34
b) Marktbedingungen und Vertriebsstrukturen	35
c) Theoretische bzw. pragmatische Konzeption der Industriepolitik .	37
aa) Japan	39

bb) USA	42
cc) Deutschland und EG	45
aaa) Deutschland	45
bbb) EG	46
d) Zwischenergebnis	48
2. <i>Politische Einflußfaktoren</i>	51
a) Einfluß der außenpolitischen Interessen der USA auf die amerikanische Außenwirtschaftspolitik	52
aa) Außenpolitische Entwicklung im 19. und 20. Jahrhundert	52
bb) Außenwirtschaftspolitik bis 1945	53
cc) Außenwirtschaftspolitik seit 1945	56
b) Einfluß der außenpolitischen Interessen der beiden anderen Staaten der Triade auf ihre Außenwirtschaftspolitik	64
aa) Außenpolitische Entwicklungen beider Staaten seit 1945	64
bb) Außenwirtschaftspolitik der beiden Staaten seit 1945	66
c) Zwischenergebnis	73
3. <i>Soziokulturelle Einflußfaktoren</i>	76
a) Unterschiedliches Gemeinwohlverständnis (mit Exkurs: zur Rolle der Verwaltung in der Gesellschaft)	76
b) Unterschiedliches Rechtsverständnis	80
c) Zwischenergebnis	88
4. <i>Völkerrechtliche Einflußfaktoren</i>	91
a) Globale und regionale Abkommen	92
aa) Globale Übereinkommen	92
aaa) GATT und WTO-Übereinkommen	92
bbb) Abkommen für spezifische Gemeinwohlbelange	96
(1) Menschenrechte	98
(2) Nonproliferation/internationale Sicherheit	100
(3) Ökologie	107
(4) Kulturgüter	111
(5) Geistiges Eigentum	111
(6) Gesundheit und Verbraucherschutz	114
bb) Regionale Übereinkommen	116
b) Gentleman's agreements (Nonproliferationsregime)	119
aa) CoCom/Wassenaar Arrangement	119
bb) NSG, MTCR und Australische Gruppe	121
cc) Rechtliches Zusammenspiel mit dem EU-Exportkontrollrecht	124

c) Konstitutionalisierungsbeitrag des Völkerrechts	126
aa) Grundrechtsgleiche Rechte?	127
bb) Objektive Verfassungsprinzipien?	139
d) Zwischenergebnis	145
aa) Schutz der angemessenen Außenhandelsfreiheit im Völkerrecht?	145
bb) Konstitutionalisierungsbeitrag des Völkerrechts	150
5. <i>Binnenrechtliche Einflußfaktoren (unterhalb der Verfassung) in der administrativen Praxis (law in action): das Beispiel USA</i> ..	154
a) Rechtsquellen und Normenhierarchie	154
b) Außenwirtschaftsrecht im engeren Sinne	155
aa) Überblick	155
bb) Ausfuhrbeschränkungen	160
aaa) Genehmigungsvorbehalte	160
bbb) Embargos und Kontrollen aus politischen Gründen	167
cc) Ausfuhrverfahren und Verfahrenserleichterungen	172
aaa) Zuständigkeiten und Verfahrensrechte	172
bbb) Verfahrenserleichterungen	178
ccc) Sanktionen und Durchsetzung (<i>enforcement</i>)	181
dd) Steuerung der Einfuhren: Schutz vor fairer und unfairer Konkurrenz	182
aaa) Schutz vor fairer Konkurrenz	183
bbb) Schutz vor unfairer Konkurrenz	185
ee) Handel mit Waffen	188
aaa) Handel mit konventionellen Waffen	188
bbb) Handel mit Massenvernichtungswaffen	192
c) Außenwirtschaftsrecht im weiteren Sinne	194
aa) Gesundheit und Verbraucherschutz	194
bb) Geistiges Eigentum, Kulturgüter und Ökologie	202
d) Zwischenergebnis	206
6. <i>Binnenrechtliche Einflußfaktoren (unterhalb der Verfassung) in der administrativen Praxis: das Beispiel Deutschland/EU</i>	213
a) Rechtsquellen und Normenhierarchie	213
b) Außenwirtschaftsrecht im engeren Sinne	214
aa) Überblick und Abgrenzung deutsches Recht zu EG-Recht ...	214
aaa) Überblick	214
bbb) Kompetenzabgrenzung für das Zusammenwirken von deutschem Recht und EG-Recht	219
bb) Ausfuhrbeschränkungen	224

aaa) Genehmigungsvorbehalte	224
bbb) Embargos und Kontrollen aus politischen Gründen	231
cc) Ausfuhr- und Zollverfahren und Verfahrenserleichterungen ..	233
aaa) Zuständigkeiten und Verfahrensrechte	233
bbb) Verfahrenserleichterungen	238
ccc) Sanktionen und Durchsetzung	247
dd) Steuerung der Einfuhren: Schutz vor fairer und unfairer Konkurrenz	251
aaa) Schutz vor fairer Konkurrenz	251
bbb) Schutz vor unfairen Einfuhren	255
ee) Handel mit Waffen	257
c) Außenwirtschaftsrecht im weiteren Sinne	261
aa) Gesundheit und Verbraucherschutz	261
bb) Geistiges Eigentum, Kulturgüter, Ökologie	268
d) Zwischenergebnis	274
7. <i>Binnenrechtliche Einflußfaktoren (unterhalb der Verfassung) in der administrativen Praxis: das Beispiel Japan</i>	277
a) Rechtsquellen und Normenhierarchie (mit Exkurs: zur rechtlichen Bedeutung von <i>gyōsei shidō</i>)	277
b) Außenwirtschaftsrecht im engeren Sinne	282
aa) Überblick	282
bb) Ausfuhrbeschränkungen	286
aaa) Genehmigungsvorbehalte	286
bbb) Embargos und Kontrollen aus politischen Gründen	290
cc) Ausfuhrverfahren und Verfahrenserleichterungen	292
aaa) Zuständigkeiten, Verfahrensrechte	292
bbb) Verfahrenserleichterungen	298
ccc) Sanktionen und Durchsetzung (<i>enforcement</i>)	301
dd) Steuerung der Einfuhren: Schutz vor fairer und unfairer Konkurrenz	302
aaa) Schutz vor fairen Einfuhren	302
bbb) Schutz vor unfairen Einfuhren	305
ee) Handel mit Waffen	306
c) Außenwirtschaftsrecht im weiteren Sinne	307
aa) Gesundheit und Verbraucherschutz	307
bb) Geistiges Eigentum, Kulturgüter, Ökologie	314
d) Zwischenergebnis	319
8. <i>Vergleichendes Zwischenergebnis für die Staaten der Triade</i>	323
a) Minimum an präzisen Handelsrestriktionen?	323

b) Verfahrensrechte und Verfahrenserleichterungen	330
c) Gewaltenteilung und Parlamentsvorbehalt	331
d) „Exportphilosophie“ und Angemessenheit	335
9. Offene Rechtsfragen	336
a) Fragen an das deutsche Außenwirtschaftsrecht	336
aa) Offene verfassungs- und verwaltungsrechtliche Fragen angesichts des hohen Exekutiveinflusses	336
aaa) Vorbemerkung zur Reform des Allgemeinen Verwaltungsrechts	336
bbb) Rechtliche Analyse einiger „dubioser“ Rechtsinstrumente	338
(1) Allgemeine Genehmigungen (Allgemeinverfügung?)	339
(2) Nullbescheid und Auskunft zur Güterliste (VA?) ..	342
(3) Voranfrage (Zusicherung?)	344
(4) „Politische Grundsätze“ (Verwaltungsvorschriften?)	345
ccc) Grenzen der Befugnisse von Gesetz- und Verordnungsgeber und der Exekutive durch Gewaltenteilung und Gesetzesvorbehalt	347
bb) Vage Bestimmungen und nicht bzw. ungenügend geregelte Fragen	349
b) Fragen an das amerikanische und japanische Außenwirtschaftsrecht angesichts des hohen Exekutiveinflusses ..	351
10. Ergebnisse zu Kapitel II	354

**Kapitel III: Das Verfassungsrecht in Theorie und gerichtlicher
Praxis als weiterer Einflußfaktor auf den Außenhandel der
Staaten der Triade**

373

1. Verfassungsrechtlicher Rahmen der USA	374
a) Historische Entwicklung der US-Grundrechte (1787–1945)	374
aa) Allgemeine Entwicklung der Grundrechte seit 1787	374
bb) Die Wirtschaftsgrundrechte der <i>Lochner</i> -Ära (1897–1937) ...	378
cc) Gründe des New Deal-Kurswechsels ab 1937	384
b) Heutige verfassungsrechtliche Auslegung	387
aa) Grenzüberschreitende Handelsfreiheit	389
bb) Eigentumsschutz für Investitionen und Rückwirkungsverbot .	394

cc) Grenzüberschreitende Kommunikation und Recht auf Information	398
dd) Prozedurale Garantien und gerichtliche Kontrolle	403
ee) Gewaltenteilung und Rechtsstaat	405
ff) Grundrechtsbeschränkungen: „Verfassungsschranken“ und <i>foreign affairs</i> bzw. <i>political question</i>	408
aaa) „Verfassungsschranken“	408
bbb) Grundrechtsbeschränkungen durch <i>foreign affairs/political question?</i>	409
c) Zwischenergebnis	411
 2. <i>Verfassungsrechtlicher Rahmen Deutschlands sowie der EG</i> ...	414
a) Historische Entwicklung der Grundrechte und grundrechtlicher Maßstab bei EG-Eingriffen	414
aa) Historische Entwicklung der deutschen Grundrechte seit 1848/1919 und der EG-Grundrechte seit 1969	414
bb) Grundrechtliche Überprüfungscompetenz bei EG-Eingriffen	418
b) Heutige verfassungsrechtliche Praxis in Deutschland und der EG .	421
aa) Grenzüberschreitende Handelsfreiheit	421
aaa) Schutz gegenüber deutschen Eingriffen	421
bbb) Schutz gegenüber EG-Eingriffen	432
bb) Eigentumsschutz für Investitionen und Rückwirkungsverbot/ Vertrauensschutz	435
cc) Grenzüberschreitende Kommunikation und Recht auf Information	451
dd) Prozedurale Rechte und gerichtliche Kontrolle	456
ee) Gewaltenteilung und Rechtsstaat	457
ff) Grundrechtsbeschränkungen: Verfassungsschranken und <i>political question</i>	463
aaa) Grundrechtsschranken/gegenläufige Verfassungsgüter .	463
bbb) Grundrechtsbeschränkungen durch „Primat der Außenpolitik“ bzw <i>political question?</i>	465
c) Zwischenergebnis	467
 3. <i>Verfassungsrechtlicher Rahmen Japans</i>	470
a) Historische Entwicklung des japanischen Rechts, insbesondere des Verfassungsrechts	470
aa) „Traditionelle“ Rechtswerte am Ende des <i>Tokugawa Shogunats</i> (1603–1868)	470

bb) Westliche Rezeptionen und Entwicklung des Verfassungsrechts seit der <i>Meiji</i> -Ära (seit 1868) sowie japanische Besonderheiten	472
b) Heutige verfassungsrechtliche Praxis	477
aa) Grenzüberschreitende Handelsfreiheit	477
bb) Eigentumsschutz für Investitionen und Vertrauensschutz	483
cc) Grenzüberschreitende Kommunikation	486
dd) Prozedurale Rechte und gerichtliche Kontrolle	487
ee) Gewaltenteilung und Rechtsstaatsprinzip	489
ff) Grundrechtsschranken und <i>political question</i>	490
aaa) Grundrechtsschranken	490
bbb) Grundrechtsbeschränkungen durch <i>political question?</i> .	491
c) Zwischenergebnis	492
 4. <i>Resümee zu Kapitel III</i>	 494
 <i>Kapitel IV: Schlußfolgerungen</i>	 505
 <i>Anlage 1: Neuformulierungsvorschlag für §§ 1–3 AWG</i>	 533
<i>Anlage 2: Means-End Scrutiny Chart</i>	535
 Literaturverzeichnis	 537
Register	597

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABA	American Bar Association
a.F.	alte Fassung
a.M.	anderer Meinung
AA	Auswärtiges Amt
aaO	am angegebenen Ort
ABC-Waffen	atomare, biologische und chemische Waffen
AbfVerbrG	Abfallverbringungsgesetz (BGBl 1994 I, 2771)
ABl.	Amtsblatt (siehe: EG-ABl.)
Abs.	Absatz
ACDA	Arms Control and Disarmament Agency
AECA	Arms Export Control Act von 1968/94 (22 USC §§ 2751ff)
AG	Allgemeine Genehmigung (oder – im Zusammenhang mit Ortsnamen –: Amtsgericht)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AGG	AG Nr. 11 (AG für bestimmte Dual-Use-Güter)
AJIL	American Journal of Int'l Law
AK-GG	Alternativ-Kommentar zum Grundgesetz
AKP-Staaten	Afrika-Karibik-Pazifik-Staaten
AL	Ausfuhrliste
Alt.	Alternative
Amdt	Amendment
Änd-G	Änderungs-Gesetz
Änd-VO	Änderungs-Verordnung
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AO	Abgabenordnung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APA	Administrative Procedural Act (5 USC §§ 551ff)
app.	Appendix
APR	LE Additional Permissive Reexports (§ 740.16 EAR)
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte (Zschr.)
Art.	Artikel
ASA	Ausfuhrausschuß
AT	Allgemeiner Teil
ATC	Agreement on Textiles and Clothing
Ausfuhr-VO	EG-VO 2603/69 vom 20. 12. 1969 zur Festlegung einer gemeinsamen Ausfuhrregelung (EG-ABl.L 324/55) zuletzt geändert durch EG-VO 3918/91
AusG	Australische Gruppe
AV	Ausfuhrverantwortlicher
AWG	Außenwirtschaftsgesetz (BGBl. 1961 I, 481) i.d.F. des 10. Änd-G vom 22. 12. 1999 (BGBl I, 2822)
AW-Prax	Außenwirtschaftliche Praxis (Zschr.)
AWV (n.F.)	Außenwirtschaftsverordnung (BGBl 1993 I, 1934 ber. 2493) i.d.F. ab der 51. Änd.VO von 13.09. 2000, hier: 55. Änd.-VO vom 02.07. 2001 (BAnz S. 14621)

AWV (a.F.)	Außenwirtschaftsverordnung bis zur Fassung der 50. Änd.-VO vom 12.01. 2000 (BAAnz S.989)
BAA	Bundesanstalt für Arbeitsschutz (Dortmund)
BAFA	Bundesausfuhramt (Eschborn), seit Jan. 2001 mit BAW zusammengelegt und umbenannt in: Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle
BAFA-G	Gesetz über die Errichtung des BAFA (BGBl 1992 I, 376)
BAnz	Bundesanzeiger
BArtSchVO	Bundesartenschutz-Verordnung
BAW	Bundesamt für Wirtschaft (Eschborn)
BayVBl.	Bayrische Verwaltungsblätter
BB	Der Betriebsberater (Zschr.)
BBk	Deutsche Bundesbank
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie
ber.	Berichtigt
bfai	Bundesstelle für Außenhandelsinformation
BfAM	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte Berlin
BFH	Bundesfinanzhof
BFHE	Entscheidungen des BFH
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGH-St	Entscheidungen des BGH in Strafsachen
BGH-Z	Entscheidungen des BGH in Zivilsachen
BIP	Brutto-Inlands-Produkt
BK	Bundeskanzler
BKA	Bundeskriminalamt
BMF	Bundesministerium der Finanzen
BMFT	Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie
BMG	Bundesministerium für Gesundheit
BMI	Bundesministerium des Inneren
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BMU	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
BMV	Bundesministerium für Verkehr
BMVg	Bundesministerium der Verteidigung
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BND	Bundesnachrichtendienst
BR-Drs.	Bundesrats-Drucksache
BSR	Bundessicherheitsrat
BT	Besonderer Teil
BT-Drs.	Bundestags-Drucksache
BtMG	Betäubungsmittelgesetz
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des BVerfG
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Entscheidungen des BVerwG
BWÜ	Übereinkommen über das Verbot biologischer Waffen von 1972
BXA	Bureau of Export Administration
CCL	Commerce Control List (Suppl.1 zu § 774 EAR)
CFR	Code of Federal Regulations
ChemG	Chemikaliengesetz

cif	cost, insurance, freight
CISG	Wiener Übereinkommen von 1980 über das UN-Kaufrecht (Convention on the International Sales of Goods)
Cistec	Center for Information on Strategic Technology
CITES	Washingtoner Artenschutzübereinkommen von 1972 (Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora)
CITES-EG-VO	EG-VO 338/97 des Rates zur Anwendung von CITES in der Gemeinschaft von 1996 (EG-ABl. 61/1 von 3.3. 1997)
CMLR	Common Market Law Review (Zschr.)
CoCom	Coordinating Committee for East West Trade Policy (Nachfolger: WA)
conc. op.	concurring opinion
CP	Compliance Program
CuR	Computer und Recht (Zschr.)
CWÜ	Chemiewaffenübereinkommen von 1993
CWÜ-AG	Ausführungsgesetz zum CWÜ (BGBl 1994 I, 1954)
CWÜ-AV	Ausführungs-Verordnung zum CWÜ (BGBl 1996 I, 1794)
d.h./d.i.	das heißt, das ist
DA	Dienstanweisung
DB	Der Betrieb (Zschr.)
ddz	Der Deutsche Zollbeamte (Zschr.)
ders. / dies.	derselbe, dieselbe
DGVN	Dt. Gesellschaft für Vereinte Nationen
DIHT	Deutscher Industrie- und Handelstag
Diss.	Dissertation
diss. op.	dissenting opinion
DMG	Düngemittelgesetz
DoA	Department of Agriculture
DoC	Department of Commerce
DoD	Department of Defense
DoE	Department of Energy
DoH	Department of Health
DoJ	Department of Justice
DoS	Department of State
DoT	Department of Treasury
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
Dpt.	Department
DSB	Dispute Settlement Body
Dual-Use-Beschluß	GASP-Beschluß des Rates vom 19.12. 1994 über die vom Rat gem. Art.J3 EU-V angenommene gemeinsame Aktion zur Ausfuhrkontrolle von Dual-Use-Gütern (94/942/GASP, EG-ABl.L 367/8 zuletzt geändert durch Beschluß 97/419/GASP)
Dual-Use-Güter	Güter mit doppeltem Verwendungszweck (sowohl militärisch als auch zivil verwendungsfähige Güter)
Dual-Use-VO a.F.	EG-VO 3381/94 des Rates vom 19. 12. 1994 über eine Gemeinschaftsregelung der Ausfuhrkontrolle von Dual-Use-Gütern (EG-ABl.367/1 zuletzt geändert durch EG-VO 837/95)
Dual-Use-VO (n.F.)	EG-VO 1334/2000 des Rates vom 22.06. 2000 über eine Gemeinschaftsregelung der Ausfuhrkontrolle von Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck (ABl. L 159/1)
DV	Datenverarbeitung
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt

DVO	Durchführungs-Verordnung
DWiR	Deutsches Wirtschaftsrecht (Zschr.)
DZWir	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
E.O.	Executive Order
EA	Europa-Archiv (Zschr.)
EAA	Export Administration Act von 1979/94 (50 USC App. §§ 2401–2420)
EAR	Export Administrative Regulations (seit 1997, 15 CFR Parts 730–774)
EAR a.F.	EAR i.d.F. von 1994/95 (15 CFR 730–799)
ECCN	Export Control Classification Number
ed.; eds.	Editor; Editors
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFA	Europäisches Forum für Außenwirtschaft, Verbrauchssteuern und Zoll e.V.
EG	Europäische Gemeinschaft und: EG-Vertrag (aktuelle Amsterdam-Fassung)
EG-AbfVerbr-VO	VO (EWG) 259/93 des Rates von 1993 zur Überwachung und Kontrolle in der, in die und aus der EG (EG-ABl.L 30/1, zuletzt geändert.1996)
EG-ABl.	EG-Amtsblatt
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EG-V	EG-Vertrag, bisher gültige Maastricht-Fassung
EHS	Eibun-Hôrei-Sha
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
EPA	Environmental Protection Agency
EPCI	Enhanced Proliferation Control Initiative
EPÜ	Europäisches Patentübereinkommen
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ErgL	Ergänzungslieferung
ETCO	External Trade Control Order (Japan)
EU	Europäische Union und EU-Vertrag (Amsterdam-Fassung)
EuG	Europäisches Gericht 1.Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechts Zeitschrift
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen von 1968/1982
EuR	Europarecht (Zschr.)
EUROPOL	Europäisches Polizeiamt (Den Haag)
EUV	Vertrag über die EU (Unionsvertrag, bisherige Maastricht-Fassung)
EuZW	Europäische Zschr. für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der EWG
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zschr.)
EZB	Europäische Zentralbank
f.	folgende (Einzahl)
F.Supp	Federal Supplement
FAG	AG 13 (AG für bestimmte Fallgruppen)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDA	Federal Drug Administration
FECL	Foreign Exchange and Foreign Trade Control Law (Japan)

FECO	Foreign Exchange Control Order
ff.	folgende (Mehrzahl)
FG	Finanzgericht
FIHG	Fleischhygienegesetz
Fn.	Fußnote
fob	free on board
FOIA	Freedom of Information Act
FS	Festschrift
FTC	Federal Trade Commission (Tokio)
FuE	Forschung und Entwicklung
FVG	Finanzverwaltungsgesetz
GA	Generalanwalt
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GATS	General Agreement on Trade in Services
GATT	General Agreement on Tariffs and Trade
geänd.	Geändert
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GIC	AG für Intra-CoCom-Handel (Nachfolger: AGG)
GL	General License (unter EAR a.F., jetzt: LE)
GRUR Int.	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Internationaler Teil) (Zschr.)
grds.	grundsätzlich
GSP	Generalized System of Preferences
GÜG	Grundstoffüberwachungsgesetz
GYIL	German Yearbook of International Law
GZT	Gemeinsamer Zolltarif der EG
Habil.	Habilitation
Haddex	Handbuch der deutschen Exportkontrolle
HandB AWR	Handbuch des Außenwirtschaftsrechts, hrsg. von Bieneck
HBG	Höchstbetragsgenehmigung
HbStR	Handbuch des Staatsrechts
HdUR	Handwörterbuch des Umweltrechts
HGB	Handelsgesetzbuch
HZA	Hauptzollamt
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
ICC	International Chamber of Commerce
IAEO	Internationale Atomenergie Organisation
ICLQ	International Comparative Law Quarterly (Zschr.)
IEEPA	International Emergency Economic Power Act von 1977/94 (50 USC §§ 1701–1706)
IHK	Industrie- und Handelskammer
ILM	International Legal Materials (Zschr.)
insbes.	Insbesondere
Int'l	International
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (Zschr.)
IRPTC	Int'l Register of Potentially Toxic Chemicals (Genf)
ITAR	Int'l Traffic in Arms Regulations von 1993 (22 CFR 120–130)

ITC	International Trade Commission
ITCO	Import Trade Control Order (Japan)
ITO	International Trade Organization
IWF	Internationaler Währungsfonds
J.	Journal
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zschr.)
JahrB AußenWPoI.	Jahrbuch zur Außenwirtschaftspolitik
JC	Japanese Constitution (1946)
JETRO	Japan External Trade Organization
Jura	Juristische Ausbildung (Zschr.)
JuS	Juristische Schulung (Zschr.)
JWT	Journal of World Trade
JWTL	Journal of World Trade Law
JZ	Juristenzeitung (Zschr.)
Kap.	Kapitel
Kat.	Kategorie
KJ	Kritische Justiz
KOBRA	Kontrolle bei der Ausfuhr (zolltechnisches Kontrollverfahren)
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
Kultur-Ausf.-VO	VO (EWG) 3911/92 des Rates von 1992 über die Ausfuhr von Kulturgütern
KulturG	Gesetz zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung (BGBl.1955 I, 501, zuletzt geändert durch BGBl.1990 II, 885)
Kultur-Rückg-RL	Kultur-Rückg-RL 93/7/EWG des Rates von 1993 über die Rückgabe von unrechtmäßig aus dem Hoheitsgebiet eines MS verbrachten Kulturgütern (EG-ABl.L 74/74)
KWKG	Kriegswaffenkontrollgesetz (BGBl 1990 I, 2506, zuletzt geändert durch BGBl.1994 I, 3186)
LE	License Exception (früher: GL)
LG	Landgericht
lit.	littera
LMBG	Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz
m. w. Nachw.	mit weiterem Nachweis
MarkG	Markengesetz
MDR	Monatsschrift des Deutschen Rechts (Zschr.)
MFA	Multifaserabkommen
MFN	most favored nations clause (Meistbegünstigungs-Klausel)
MHW	Ministry of Health and Welfare (Tokio)
mio	Million
Mio	Millionen
MITI	Ministry of Int'l Trade and Industry (Tokio)
MMA	Marine Mammal Act
MoA	Ministry of Agriculture (Tokio)
MoF	Ministry of Finance (Tokio)
MoFA	Ministry of Foreign Affairs (Tokio)
MOG	Gesetz zur Durchführung der Gemeinsamen Marktordnungen
MOSS	Market-Oriented Selective Talks
MS	Mitgliedstaaten der EG/EU
MTCR	Missiles Technology Control Regime
NAFTA	North American Free Trade Association
NAFTA-V	Vertrag zur Gründung der NAFTA
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NGO	Non-governmental Organization

NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zschr.)
Nr.	Nummer
NRC	Nuclear Regulatory Commission
NSG	Nuclear Supplier Group
NStZ	Neue Zschr. für Strafrecht
NTB	Non-Tarif Barrier
NVV	Nichtverbreitungsvertrag von 1969/1995
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZWehrR	Neue Zschr. für Wehrrecht
ODTC	Office of Defense Trade Control (DoS)
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development (Paris)
OEE	Office of Export Enforcement (DoC)
OEL	Office of Export Licensing (DoC)
OFAC	Office of Foreign Assets Control (DoT)
OFD	Oberfinanzdirektion
OGH	Oberster Gerichtshof (Tokio)
OLG	Oberlandesgericht
OMA	Orderly Marketing Agreement
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz von 1987/1994
Ozon-EG-VO	EG-VO 3093/94 des Rates über Stoffe, die zum Abbau der Ozon- schicht führen, von 1994
PBPR	Pakt über Bürgerlich-Politische Rechte
PflSchG	Pflanzenschutzgesetz
PIC	Prior Informed Consent
PWSR	Pakt über Wirtschaftlich-Soziale Rechte
RA	Runderlaß Außenwirtschaft
RabelsZ	Rabels Zschr. für ausländisches und Internationales Privatrecht
RBDI	Revue Belge de Droit International (Zschr.)
RdA	Recht der Arbeit (Zschr.)
Regs	Regulations
Rev.	Review
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zschr.)
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RS	Rechtssache
Rspr.	Rechtsprechung
RTDE	Revue Trimestrielle de Droit Européen
RZZ	Rat für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Zollwesens (Brüsseler Zollrat)
S.	Seite
SAG	Sammelausfuhrgenehmigung
SDR	Special Drawing Right (deutsch: SZR)
sec.	Section (Paragraph)
SII	Structural Impediments Initiative
SIPRI	Stockholm International Peace Research Institute
Slg.	Sammlung (der Rspr. des EuGH)
SR-Res.	Sicherheitsrat-Resolution
StGB	Strafgesetzbuch von 1987/1995
StV	Der Strafverteidiger (Zschr.)
SZR	Sonderziehungsrecht (engl. SDR)
TRIMS	Agreement on Trade-Related Investment Measures
TRIPS	Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights

TSG	Tierseuchengesetz
TWEA	Trading with the Enemy Act von 1917/1994 (50 USC app. §§ 1–44)
u.a.	unter anderem (oder: und andere)
UDHR	Universal Declaration of Human Rights
Univ.	University
UN-KaufR	UN-Kaufrecht (engl. CISG)
unveröff.	Unveröffentlicht
USC(A)	United States Code (Annotated)
USTR	United States Trade Representative
VA	Verwaltungsakt
VCI	Verband der Chemischen Industrie e.V. (Frankfurt/M)
VDA	Verband der Automobilindustrie
VDMA	Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau e.V. (Frankfurt/M)
VER	Voluntary Export Restraint
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VerwR	Verwaltungsrecht
VG	Verwaltungsgericht
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vol.	Volume
VöR	Völkerrecht
VRÜ	Verfassung und Recht in Übersee (Zschr.)
VSF	Vorschriften der Finanzverwaltung (hrsg. vom BMF)
VuB	Verbote und Beschränkungen
VV	Versandverfahren
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung deutscher Staatsrechtslehrer
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung von 1991/1996
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz von 1976/1996
WA	Wassenaar Arrangement
WGG	AG 12 (Wertgrenze-Genehmigung)
wistra	Zschr. für Wirtschaft, Steuer, Strafrecht
WTO	World Trade Organization
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb (Zeitschrift)
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
Ybk	Yearbook
z.B.	zum Beispiel
Z.JapanR	Zeitschrift für Japanisches Recht
ZA	Zollamt
ZaöRV	Zschr. für ausländisches öffentliches Recht und VöR
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfU	Zeitschrift für Umweltpolitik und -recht
ZfZ	Zschr. für Zölle
ZIP	Zschr. für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis
zit.	zitiert
ZK	EG-VO 2913/92 zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaft von 1992
ZKA	Zollkriminalamt
ZK-DVO	EG-VO 2454/93 von 1993 zur Durchführung des ZK
ZollVG	Zollverwaltungsgesetz
ZPO	Zivilprozeßordnung
ZRP	Zschr. für Rechtspolitik
ZVEI	Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V. (Frankfurt/M)
ZVglRWiss	Zschr. für Vergleichende Rechtswissenschaft

„It has been said that US trade law arises half from the rules of international law, and half from the law of the jungle – although some have suggested a more accurate allocation would give far more weight to the jungle“¹.

Kapitel I

Einleitung

1. Einschränkung der Thematik und Fragestellung der Arbeit

a) Einschränkung der Thematik (angesichts der rechtlichen Herausforderungen durch die Globalisierung)

Wir leben in einem Zeitalter der Globalisierung. Kennzeichnend hierfür ist neben der Höhe der Handelsverflechtung (Anstieg der Weltexportquote) zweierlei: erstens die Zunahme des Handels zwischen Industrieländern (intra-industrieller Handel), und zwar oft innerhalb der gleichen Produktkategorien, und zweitens der Aufstieg einer Reihe von vormals armen Entwicklungsländern – fast alle im östlichen Asien gelegen – in die Liga wichtiger Exportnationen, was für einen verschärften weltweiten Standortwettbewerb sorgt². Ausgelöst durch die erheblich gesunkenen Transport- und Kommunikationskosten wurde das noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts geltende Muster des Exports von Fertigwaren gegen Import von Rohstoffen weitgehend durch den intra-industriellen Handel abgelöst: Die Herstellung eines typischen industriellen Produkts erfordert heute weniger den Einkauf von Rohstoffen sondern eher den einer Vielzahl technisch hochwertiger Vorprodukte, welche – dank der gesunkenen Transport- und Kommunikationskosten und der weltweit unterschiedlich verteilten Feinstrukturierung des technischen Wissens – grenzüberschreitend eingekauft werden³. Das Sinken der Transport- und Kommunikationskosten führt auch zu einer weltweiten räumlichen Aufspaltung des Produktionsprozesses, so daß aus ökonomischen Gründen räumliche Entfernungen völlig relativiert wurden und die Welt im ökonomischen Sinne stark geschrumpft ist: Indem das technologi-

¹ *Bello/Holmer*, Stanford J. Int'l. Law 25 (1988) 1, 1 (43).

² Vgl. *Paqué*, APuZ B 49/1995, 3. Allein der Anstieg der Weltexportquote von ca. 7% (1950), auf 12% (1973) und 17% (1993) ist für ihn wenig signifikant, weil diese 1913 bereits 12% betragen habe (etwa 1850: 5%).

³ Vgl. *Paqué* aaO, 4. Die starke Zunahme des intra-industriellen Handels, welche immer differenzierteren Käuferbedürfnissen entspricht, hilft somit, das hochspezialisierte Wissen und die besonderen Fähigkeiten der Menschen in den einzelnen Volkswirtschaften bestmöglich zu nutzen.

sche Wissen der sog. ‚Ersten Welt‘ und die reichlich vorhandenen und billigen Arbeitskräfte der sog. ‚Dritten Welt‘ miteinander kombiniert werden, eröffnen sich neue Dimensionen des intraindustriellen Handels auch mit Ländern der sog. ‚Dritten Welt‘ und verschärft sich der internationale Standortwettbewerb zunehmend⁴. Aufholprozesse⁵ und räumliche Aufspaltung der Wertschöpfungskette führen zu einer Zunahme an Direktinvestitionen im Ausland, welche häufig dazu dienen, bereits etablierte Auslandsmärkte durch Produktion vor Ort oder durch Verbesserung der Vertriebswege besser erschließen zu können⁶; es kann auch zur teilweisen Produktionsverlagerung ganzer Branchen führen, wie dies im Japan der neunziger Jahre geschah⁷.

Während bis 1945 der Außenhandel vor allem durch Zölle und mengenmäßige Beschränkungen (Quoten/Kontingente) gesteuert wurde, nahm ab den sechziger Jahren die Bedeutung der *non-tariff barriers* (nachfolgend: NTB) immer mehr zu: Neben Handelsquoten/Kontingenten verstand man darunter zunächst Bestimmungen zur Förderung der nationalen Erzeugnisse, Dumping und Subventionen zur Förderung der Ausfuhr, Preisbeeinflussungen der Einfuhr, belastende Lizenzierungs- und Einfuhrverfahrensvorschriften oder belastende Standards und Vorschriften zum Gesundheits- und Verbraucherschutz⁸. In den siebziger und achtziger Jahren wurden zusätzlich Handelsbeschränkungen durch sog. *grey area trade restrictions* angeordnet, worunter vor allem Vereinbarungen über Exportbeschränkungen fallen⁹. Seit den neunziger Jahren ist aufgrund der Globalisierung zunehmend klar geworden, daß Vorschriften über Investitionen und das Niederlassungsrecht für den Außenhandel immer entscheidender werden.

⁴ Vgl. *Paqué* aaO, 5. Ein Beispiel dieser weltweiten Arbeitsteilung ist die Computerbranche: Während Halbleiter, Mikroprozessoren und Bildschirme als forschungsintensivere Bestandteile eines PC typischerweise in Industriestaaten (inkl. Südkorea) hergestellt werden, werden die Gehäuse und einfachere Teile oftmals in Entwicklungsländern mit niedrigen Lohnkosten gefertigt.

⁵ Sie finden nicht nur in den mittel- und osteuropäischen Staaten, sondern auch in jenen Entwicklungsländern statt, die – wie China, Indien, Brasilien und Indonesien – im Übergang zum Schwellenland sind.

⁶ Vgl. *Paqué* aaO, 6: „Es ist seit langem bekannt, daß die Stärke bilateraler Kapitalverflechtungen eng zusammenhängt mit der Intensität des bilateralen Handels von Waren und Dienstleistungen.“

Gleichzeitig führt dies zu einem Anstieg der Importe: „Für ein einzelnes Land heißt Integration in die Weltwirtschaft stets Integration auf der Seite des Güterangebots und der Güternachfrage, d. h. ein rasch wachsendes Entwicklungsland wird nicht nur seine Exporte steigern, sondern auch seine Importe. Selbst Japan, dem vor allem von amerikanischer Seite eine gezielt merkantilistische Politik vorgeworfen wird, ist im Zuge seines Wirtschaftsaufstieges zu einem wichtigen Importeur westlicher Produkte geworden“ (*Paqué* aaO, 7).

⁷ Vgl. Kapitel II.1. c. aa.).

⁸ Vgl. *Senti*, Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, 147f.

⁹ Vgl. *Petersmann*, Constitutional Functions and Constitutional Problems of International Economic Law, 106f und *Wolfrum* in: Schmidt (Hrsg.), Öffentliches Wirtschaftsrecht BT 2, 641f.

Die Arbeit, welche die rechtliche Steuerung des Außenhandels untersucht, kann nicht alle Folgen der Globalisierung adäquat aufgreifen. Daß aufgrund der räumlichen Aufspaltung des Produktionsprozesses, der ausländischen Direktinvestitionen und der transnationalen Unternehmen der Begriff des „Ausführers“ immer „schillernder“, also unklarer wird, kann nicht thematisiert werden; ebenso müssen auch – wegen der Notwendigkeit einer thematischen Begrenzung – das gesamte Investitions- und Niederlassungsrecht sowie Regelungen über transnationale Unternehmen und Fragen der extraterritorialen Rechtsanwendung weitgehend ausgeblendet bleiben¹⁰. Auch auf die Besonderheiten des Handels mit Dienstleistungen wird kaum eingegangen werden können¹¹, ebenso wenig auf die Spezifika des Handels mit Landwirtschafts- und Textilprodukten und vergleichbare Sondermaterien¹². Die rechtliche Analyse der Arbeit wird daher die beschriebenen Phänomene der Globalisierung (räumliche Aufspaltung von Produktionsprozessen, grenzüberschreitende Investitionen und Transnationalität vieler Unternehmen) weitgehend vernachlässigen müssen, zumal diese im geltenden Außenwirtschaftsrecht kaum reflektiert werden. Statt dessen wird sie untersuchen, welchen Beitrag das Recht für die Liberalität des grenzüberschreitenden Handels mit Gütern im allgemeinen und vor allem für den Abbau der genannten NTB leistet.

b) Die Fragestellung der Arbeit

Im Vordergrund der Arbeit steht die Frage, ob der Welthandel mehr durch ein „law of the jungle“ oder eher durch das Recht strukturiert wird¹³, also die Frage,

¹⁰ Weitgehend das Gleiche gilt auch für das Kartellrecht, welches z.B. für das japanische Ausfuhrrecht von Bedeutung ist; in der WTO wurde dies erstmals thematisiert im Panel Report vom 31.03.1998 (*Japan: Measures Affecting Consumer Photographic Film and Paper*, sog. *Kodak-Fuji-Fall*), WT/DS 44, u.a. in: *Bernan's Annotated Reporter* Vol.5, 27ff. Zum Investitionsrecht vgl. *Gramlich*, AW-Prax 1997, 160ff; zu transnationalen Unternehmen vgl. *Seidl-Hohenveldern*, Int'l Economic Law, 13ff; zum Ausführerbegriff bei transnationalen Unternehmenskooperationen vgl. *Ruschmeier/Busch*, AW-Prax 1997, 224ff und 263ff; zur extraterritorialen Anwendung amerikanischer Exportkontrollen vgl. *de Mestral/Gruchalla-Wesierski*, Extraterritorial Application of Export Control Legislation, Canada and the USA, 6ff, *Meessen* in ders., International Law of Export Control, 3ff und *Ziegenhain*, Extraterritoriale Rechtsanwendung, 55ff.

¹¹ Vgl. dazu *H. Hohmann*, ZVglRWiss 90 (1991), 185ff; *Jackson/Davey/Sykes*, Legal Problems of Int'l Economic Relations, 894ff.

¹² Von den GATT/WTO-Abkommen werden keine größere Rolle spielen: das Abkommen über Landwirtschaft, das Abkommen über handelsbezogene Investitions-Maßnahmen, das Zollwert-Abkommen, das Abkommen über Inspektion vor Verschiffung, das Abkommen über Herkunftsregeln, das Abkommen über Handel mit Dienstleistungen (GATS) sowie die vier plurilateralen Abkommen (öffentliches Beschaffungswesen, Luftfahrzeuge, Rindfleisch und Molkereiprodukte). Von daher werden bei der Analyse des nationalen Außenwirtschaftsrechts sämtliche damit zusammenhängenden nationalen Vorschriften – vor allem die Normen über Kapital- und Zahlungsverkehr – praktisch ganz ausgeblendet.

¹³ Vgl. *Bello/Holmer* aaO, Zitat im Text zu Fn. 1.

welchen Beitrag das Recht zu seiner Strukturierung und Liberalität leistet. Eine transparente, planbare und rechtlich geordnete Weltwirtschaft ist das Gegenstück zum „law of the jungle“. Erste Voraussetzung dafür, einen „Dschungel“ oder ein „haphazard regime“¹⁴ – also ein konzept- und planloses und somit ein nur bedingt rechtlich strukturiertes System – weitgehend zu vermeiden, ist die Verdeutlichung der rechtlichen, insbesondere der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen. *Diese den Export und Import regulierenden Gesetzes-, Verfassungs- und sonstigen Rechtsbestimmungen sowie die zentralen Normen einiger handelsrelevanter Abkommen und ihren Beitrag zur Liberalität des Welthandels (i. S. einer angemessenen Außenhandelsfreiheit) aufzuzeigen, ist das Ziel der Arbeit.* Dabei wird die Untersuchung beschränkt auf die drei Staaten der sog. Triade, USA, Japan und Deutschland, wobei in Bezug auf Deutschland die intensive Prägung durch das EG-Recht berücksichtigt wird: USA, Japan und EG als die größten Export- und Importstaaten bzw. der größte Handelspartner der Welt führen über 52% der Exporte und 55% der Importe des Welthandels durch¹⁵ und können aufgrund ihrer unterschiedlichen verfassungs- und gesetzesrechtlichen Regelungen als typisch für die auf der Welt vorhandenen Verfassungs- und Exportregelungen angesehen werden.

Mit *Petersmann* soll hier der Meinung gefolgt werden, daß eine *Konstitutionalisierung der Weltwirtschaft* erforderlich ist, weil nur so der „merkantilistische Leviathan“ gebändigt werden kann¹⁶. Erst dadurch sind die fundamentalen Spielregeln und rechtlichen Standards vorhanden, welche der Gefahr einer hier sog. „*administrativen Aushöhlung*“ der Handelsfreiheit begegnen können und an denen unterkonstitutionelle Regelungen gemessen werden. Dadurch wird sichergestellt, daß die Außenwirtschaft eher an den langfristigen Gemeinwohlinteressen als an kurzfristigen Interessen ausgerichtet wird¹⁷. Denn ein Außenwirtschaftsrecht, welches primär durch Verordnung und Erlasse – aber kaum durch Gesetze und die Verfassung – gesteuert wäre, ist kurzfristiger und exekutiv orientiert und kann zum *Machtmißbrauch* und zu *bürokratischen Zielverschiebungen*¹⁸ führen; wenn es bezüglich der wesentlichen Entscheidungen

¹⁴ Vgl. *Carter*, International Economic Sanctions. Improving the Haphazard US Legal Regime, 219.

¹⁵ Vgl. *Vedder* in: Grabitz/Hilf (Hrsg.), EU-Kommentar, Vorbem. Art. 110ff Rn. 5. Die Anteile verteilen sich demnach wie folgt: EG 33,2%, USA 11,1% und Japan 8,2% (Exporte), EG 33,8%, USA 13,8% und Japan 6,8% (Importe). Siehe dazu auch die Angaben in Kapitel II. 1.

¹⁶ Vgl. *Petersmann*, European J. of Int'l Law 3 (1992), 1f und *ders.* aaO (Fn. 9), 124f und 131f.

¹⁷ Vgl. *Petersmann* aaO (Fn. 16), 2.

¹⁸ Die Bürokratieforschung hat nachgewiesen, daß solche Zielverschiebungen eine geradezu zwangsläufige Folge der Eigendynamik bürokratischer Prozesse sind; vgl. *Girtler*, Polizei-Alltag, 90 und *H. Hohmann*, Kölner Zschr. für Soziologie 1981, 384. Im Extremfall könnte etwa ein Grundrecht auf freien Handel „wegbürokratisiert“ werden, so daß von ihm nur noch eine für die Praxis unbrauchbare „leere Hülle“ übrigbleibt.

durch Verfassung und gesetzliche Normen gesteuert wäre, ist es hingegen langfristiger orientiert und demokratisch-legislatorisch legitimiert.

Der nachfolgend gebrauchte *Begriff der „Konstitutionalisierung“* bedeutet, daß das Recht dem Zugriff des einfachen Gesetzgebers oder gar untergesetzlichen Normgebers weitgehend entzogen ist. Dabei wird primär von einer individualschützenden Sichtweise ausgegangen, weil für den Schutz der Marktfreiheit in erster Linie ein grundrechtlicher Schutz erforderlich ist (unmittelbare Konstitutionalisierung). Zusätzlich können objektive Verfassungsprinzipien eine wichtige Rolle spielen; sie sind unverzichtbar dann, wenn wirtschaftliche Grundrechte im Verfassungsrecht nicht anerkannt sind und aus Abkommen – mangels individualschützender Bestimmungen – nicht ermittelt werden können. Objektive Prinzipien (insbesondere dem Völkerrecht abgeleitete Instituts Garantien/Leitprinzipien) können eher mittelbar einen Konstitutionalisierungsbeitrag leisten (mittelbare Konstitutionalisierung). Beide Varianten – unmittelbare und mittelbare Konstitutionalisierung – werden, nachdem der betroffene Exporteur sich an die eigene Regierung gewandt hat, von dieser im Wege diplomatischen Schutzes durchgesetzt. Während bei der unmittelbaren Konstitutionalisierung der Anspruch auf diplomatischen Schutz unmittelbare Folge der Grundrechtsverletzung ist, folgt aus der Verletzung des objektiven Verfassungsprinzips der Anspruch auf diplomatischen Schutz nur dann, wenn dieses Leitprinzip dem Schutzbereich eines nationalen Grundrechts unterfallen sollte; insofern läßt sich bei letzterer Variante von einer mittelbaren Konstitutionalisierung sprechen. Eine Konstitutionalisierung kann unmittelbar durch Grundrechte und mittelbar durch objektive Verfassungsprinzipien geschehen.

Die Arbeit soll zeigen, ob in der Praxis des Außenwirtschaftsrechts der Triade eine Konstitutionalisierung der Handelsliberalität vorliegt, und wenn ja, durch welche Normen dies erreicht wird. Hierfür wird primär sowohl das Außenwirtschafts- als auch das Verfassungsrecht und sekundär auch die sogenannte „völkerrechtliche Nebenverfassung“ – dazu sogleich – der Triade analysiert werden.

Petersmann möchte für diese Konstitutionalisierung neben den Verfassungsnormen der Staaten im gleichen Maße die Regeln *aller liberalen Handelsabkommen* berücksichtigen¹⁹. In der Tat wird man Normen völkerrechtlicher Abkommen mit einbeziehen müssen, uneingeschränkt aber nur dann, falls sie nationalen Anwendungsvorrang vor den Gesetzen genießen – nur dann ist eine Konstitutionalisierung möglich und es kann von einer „völkerrechtlichen Nebenverfassung“²⁰ der Triade gesprochen werden. Primär geht es hierbei um individualschützende Abkommensbestimmungen (wie Menschenrechtsverbürgungen oder Freiheiten des EGV), wobei der EGV (mitsamt den EG-Grund-

¹⁹ Vgl. *Petersmann* aaO (Fn. 9), 400ff und *ders.* aaO (Fn. 16), 31f.

²⁰ *Tomuschat*, VVDStRL 36 (1977), 7 (51f), der hierfür allerdings eher auf Individualschutz als auf Anwendungsvorrang vor Gesetzen abzustellen scheint. Der Punkt, daß Anwendungsvorrang vor den Gesetzen bestehen muß, wird von *Petersmann* (Fn. 19) nicht gesehen.

rechten) für die EG-Staaten weit mehr als nur eine „Nebenverfassung“ ist²¹. Ein Handelsabkommen ohne individualschützende Bestimmungen (wie die meisten GATT/WTO- und NAFTA-Bestimmungen) wird dagegen allenfalls zur mittelbaren Konstitutionalisierung beitragen können²².

Im Zentrum der Betrachtung wird die hier sog. *angemessene Außenhandelsfreiheit* stehen. Es kann nicht um eine unbegrenzte Export- oder Importfreiheit gehen, sondern nur um eine solche, welche die legitimen Beschränkungsinteressen, d.h. primär die verfassungsrechtlich als legitim erscheinenden Gemeinwohlinteressen, berücksichtigt. Es handelt sich um das Bemühen *eines verfassungsrechtlich geordneten Interessensausgleichs*, der – bei einer Grundrechtseinschränkung²³ – durch die Abwägung von Freiheits- und Beschränkungsinteresse im Rahmen der Verhältnismäßigkeit oder – bei einer Grundrechtsbegrenzung²⁴ – durch die verhältnismäßige Zuordnung zweier kollidierender Verfassungsgüter zu praktischer Konkordanz hergestellt wird²⁵. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Die nach deutscher Auffassung grundrechtlich geschützte Außenwirtschaftsfreiheit wird von vornherein durch Art. 26 GG dahingehend begrenzt, daß sie nicht zu Maßnahmen ermächtigt, welche die Kriegswaffenkontrolle der Bundesregierung mißachten oder das friedliche Zusammenle-

²¹ Dies deshalb, weil dieses EG-Verfassungsrecht dem Verfassungsrecht der Mitgliedstaaten übergeordnet ist.

²² Vgl. dazu Kapitel II. 4. *Petersmann* aaO (Fn. 19) scheint hingegen von einem unmittelbaren Konstitutionalisierungs-Beitrag auszugehen, als ob das GATT umfassend individualschützende Bestimmungen enthielte.

²³ Nach deutscher Auffassung ist eine Grundrechtseinschränkung zulässig, wenn sie durch vernünftige Überlegungen des Gemeinwohles gerechtfertigt ist und diese Einschränkung dem Verhältnismäßigkeitsprinzip entspricht (vgl. BVerfGE 7, 377 [404f] und *Erichsen*, Staatsrecht & Verfassungsgerichtsbarkeit, Band I, 3. Aufl., 14; verfassungsrechtlich geordnet ist die Abwägung im Rahmen der Verhältnismäßigkeit, wenn sie berücksichtigt, ob dem Beschränkungsinteresse nach der Verfassung oder der Verfassungsrechtsprechung ein übergesetzlicher Schutz zukommt.

²⁴ Im Falle der *Begrenzung* eines Grundrechts geht es – in den Worten der deutschen verfassungsrechtlichen Terminologie – um das Bemühen um die Herstellung praktischer Konkordanz (vgl. *Hesse*, Verfassungsrecht, § 10 III 2) bzw. um die Einheit der Verfassung (vgl. *Ossenbühl*, DÖV 1965, 654f und *Erichsen* aaO [Fn. 23], 159): Kollidierende Grundrechte und andere mit Verfassungsrang ausgestattete Rechtswerte sind mit Rücksicht auf die Einheit der Verfassung imstande, die Grundrechte zu begrenzen (vgl. BVerfGE 19, 206/220 und öfter).

²⁵ *Begrenzung* und *Einschränkung* unterscheiden sich folgendermaßen (vgl. *Erichsen*, Jura 1992, 143ff): Die *Einschränkung* bedeutet einen Eingriff in das Grundrecht, während es bei der *Begrenzung* um eine Inhaltsbestimmung geht – insbesondere um die Abwägung mit kollidierenden Grundrechten.

Daß diese Unterscheidung nicht allein in Deutschland getroffen wird, ergibt sich aus folgendem: Auch *E. C. Baker* in: de Mestral et alii (eds.), *The Limitation of Human Rights in Comparative Constitutional Law*, 78, spricht von der Unterscheidung zwischen der Feststellung des „content of right“ – dies entspricht der Inhaltsbestimmung (oder: *Begrenzung*) – und den „limitations“; ebenso unterscheidet *Aubert* ebda, 189 zwischen den „limitations intrinsèques“ (*Begrenzungen*) und „limitations extrinsèques“ (*Einschränkungen*).

ben der Völker stören könnten²⁶. Ebenso wie die Frontstellung „Umweltschutz oder Arbeitsplätze“ ist auch die Polarisierung „Exportarbeitsplätze oder friedliche Weltordnung“ unsinnig: Akzeptabel kann in Zukunft nur eine Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sein, die nicht nur allen Bürgern Arbeit gibt, ohne die Umwelt so zu belasten, daß sie für kommende Generationen als Lebensraum zerstört ist²⁷, sondern auch Exportarbeitsplätze zur Verfügung stellt, ohne die grundlegenden, primär verfassungsrechtlichen, Entscheidungen eines Staates für das friedliche Zusammenleben der Völker und für ähnliche legitime Gemeinwohlinteressen in Frage zu stellen. *Die Arbeit soll verdeutlichen, wie diese Spannungsverhältnisse aufgelöst werden können und was daher eine angemessene Außenhandelsfreiheit für die konkrete Verwaltungspraxis bedeutet.*

Die Lösung solcher Spannungsverhältnisse muß also durch einen verfassungsrechtlich geordneten Interessensausgleich, und damit vor allem unter Nutzung des verfassungsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsprinzips, geschehen. Die Verfassung, welche die zentralen Wertentscheidungen des Staates enthält, steht über den Gesetzen – ein Punkt, der bei der Abwägung im Rahmen der Verhältnismäßigkeit in der Regel dazu führt, ihren Schutzgütern einen Vorrang gegenüber den gesetzlich geschützten Interessen einzuräumen. Aus gleichem Grunde müssen auch das EG-Recht²⁸ sowie das über den Gesetzen stehende Völkerrecht²⁹ oder die aus der Verfassungsrechtsprechung zu deduzierenden *compelling/substantial State interests*³⁰ bei dieser Abwägung in aller Regel den entscheidenden Ausschlag geben.

Die Legitimation für staatliche Reglementierung ergibt sich damit aus der Verfassung und aus den genannten anderen übergesetzlichen Normen. So darf

²⁶ Vgl. H. Hohmann, Jura 1994, 440; zum Verhältnis des Art. 26 II GG zu Kriegswaffenkontrollen vgl. ausführlich Epping, GG und Kriegswaffenkontrolle.

²⁷ Vgl. Podlech in: H. Hohmann (Hrsg.), Freiheitssicherung durch Datenschutz, 23. Heute wird dieser Punkt in der internationalen Diskussion unter dem Stichwort *sustainable development* gehandelt, vgl. H. Hohmann, Präventive Rechtspflichten und -prinzipien des modernen Umweltvölkerrechts, 112.

²⁸ Es steht in Deutschland gem. Art. 23 Abs. 1 GG über der deutschen Verfassung und deutschen Gesetzen. Dieser Vorrang des EG-V gegenüber allem nationalen Recht der Mitgliedstaaten ergibt sich aus der Rspr. des EuGH seit EuGH-Urteil vom 15. 7. 1964 (*Costa / ENEL*), RS 6/64, Slg. 1964, 1251.

Zur Überordnung der EG-Verordnungen gegenüber den Gesetzen der Mitgliedstaaten vgl. etwa EuGH-Urteil vom 14. 12. 1971 (*Politi*), RS 43/71, Slg. 1971, 1039; zur Überordnung auch der EG-Richtlinien – sofern sie unbedingte und hinreichend genaue Verpflichtungen enthalten und die Umsetzung nicht fristgemäß oder nur unzureichend erfolgt – vgl. etwa EuGH-Urteil vom 5. 4. 1979 (*Ratti*), RS 148/78, Slg. 1979, 1629, und EuGH-Urteil vom 19. 1. 1982 (*Becker*), RS 8/81, Slg. 1982, 53.

²⁹ Zur innerstaatlichen Geltung von Völkerrecht siehe unten Kapitel II. 4. c.

³⁰ Dies sind anerkannte Einschränkungsründe für Grundrechte nach der Rechtsprechung des US-Supreme Courts, vgl. Brugger, Grundrechte und Verfassungsgerichtsbarkeit in den Vereinigten Staaten von Amerika, 41f; dem entspricht der *strict scrutiny test* (im Gegensatz zum *rational basis test* – hier reicht die Realisierung irgendeines legitimen Gemeinwohlinteresses).

etwa die Antwort auf die Frage, ob die Grundrechte unter einem „Primat der Außenpolitik“ stehen, nicht den gesetzlichen Normen (etwa § 7 Abs. 1 AWG) entnommen werden, sondern entscheidend hierfür sind letztlich die Verfassung, EG- und Völkerrecht (sowie die *compelling/substantial State interests* des Staates). Denn das höherrangige Verfassungsrecht darf in der Regel nicht durch Gesetzesrecht begrenzt oder eingeschränkt werden.

Die Studie soll durch die Analyse der administrativen und gerichtlichen Praxis der für den Außenhandel relevanten Verfassungs- und Außenwirtschaftsrechtsbestimmungen zugleich einige Prinzipien des Rechts der internationalen Wirtschaftsbeziehungen aufzeigen und den verfassungsrechtlich geordneten Interessensausgleich konkretisieren. Die *administrative und gerichtliche Praxis* dieser Normen muß deswegen im Vordergrund stehen, weil gerade bei einem ausgeprägten Praktikerrecht – wie dem Außenwirtschaftsrecht – das *law in books* und das *law in action* auseinanderfallen können, so daß konstitutioneller Regelungsanspruch und administrative Realität andere Wege gehen. Für die Frage der Steuerungsfähigkeit ist daher primär auf die administrative und gerichtliche Praxis abzustellen.

Das *Erkenntnisinteresse* ist sechserlei:

Erstens ist zu fragen, ob der Welthandel eher durch das Recht oder durch ein *law of the jungle* strukturiert wird und welchen Beitrag das Recht zu seiner Liberalität leistet. Unterschiede zwischen *law in action* und *law in books* sollen verdeutlicht werden.

Zweitens soll verdeutlicht werden, *ob und inwieweit von einer angemessenen Außenhandelsfreiheit und von ihrem verfassungsrechtlichen Schutz in der Praxis der Triade gesprochen werden kann und ob und wodurch eine Konstitutionalisierung geschieht*. Nachdem zunächst analysiert wird, ob und inwieweit überhaupt von einer angemessenen Außenhandelsfreiheit in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis der Triade gesprochen werden kann, soll untersucht werden, welche Rolle hierfür Grundrechte und objektive Verfassungsgarantien spielen und ob zwischen wirtschaftlichen und politischen Rechten bzw. zwischen der Export- und Importfreiheit differenziert werden muß. Besonders wenn das nationale Verfassungsrecht unzureichend sein sollte, wird nach dem Konstitutionalisierungsbeitrag des Völkerrechts – insbesondere der GATT/WTO- Abkommen – und seiner nationalen Umsetzung gefragt, da eine Konstitutionalisierung im nationalen Recht übergesetzlichen Rang voraussetzt. Zusätzlich sollen einige Einflüsse ökonomischer, politischer und sozio-kultureller Art auf die unterschiedliche Außenhandelspraxis in der Triade aufgezeigt werden.

Es soll *drittens* gezeigt werden, *ob, wodurch und auf welcher Ebene der Normenpyramide die nachfolgend genannten Freiheits- und Beschränkungsinteressen in der Triade geschützt werden und welche Bedeutung der Gewaltenteilung zukommt*: Geschieht dieser Schutz auf Verfassungsebene (durch die nationalen Verfassungen, EG-Recht sowie übergesetzliches Völkerrecht), durch Gesetze

(einschließlich Völkerrecht mit Gesetzesrang) oder nur durch untergesetzliche Bestimmungen? Wegen der Notwendigkeit eines Abwägens im Rahmen der Verhältnismäßigkeit wird der Schutz in der Regel nur dann ausreichen, wenn er durch übergesetzliche Normen geschieht. Dadurch wäre gewährleistet, daß diese Schutzgüter weitgehend der Regelungsbefugnis des nationalen Gesetzgebers entzogen sind – allein im Fall des Schutzes durch Völkerrecht würden sich dann Unsicherheiten ergeben, wenn es innerstaatlich den nationalen Gesetzen gleichgestellt wird³¹.

Viertens ist zu fragen, ob die analysierten gesetzlichen oder untergesetzlichen Bestimmungen gegen höherrangiges Recht verstoßen könnten. Denn ein Schutz eines Freiheits- bzw. Beschränkungsinteresses durch ein verfassungs- (oder europarechts-) widriges³² Gesetz wäre für den Exporteur bzw. die Allgemeinheit wenig hilfreich: Mit Feststellung der Verfassungs- (oder Europarechts-) widrigkeit durch das kompetente Gericht würde dieser Schutz entfallen. Im Falle der ausländischen Regelungen (USA und Japan) muß allerdings die gebotene Vorsicht bei dieser verfassungsrechtlichen Frage angewendet werden.

Fünftens ist zu fragen, bei welchem Freiheits- und Gemeinwohlbelang ein angemessener bzw. ein exzessiver oder sehr geringer Schutz anzunehmen ist, so daß – im letzteren Falle – ergänzende Regelungen erforderlich erscheinen.

Das *sechste* Erkenntnisinteresse besteht in der rechtspolitischen Frage, inwieweit ausländische Regelungen im deutschen Außenwirtschaftsrecht übernommen oder sonstige Ergänzungen bzw. Präzisierungen im deutschen Außenwirtschaftsrecht vorgenommen werden sollten. Zu fragen ist hier etwa, ob das amerikanische oder japanische Recht Prinzipien kennt, welche zur Stärkung der Verhältnismäßigkeit bei der Abwägung zwischen Freiheits- und Gemeinwohlbelangen dienen können, und deren Übernahme ins deutsche Außenwirtschaftsrecht eine wünschenswerte Ergänzung darstellen würde. Zur Klärung offener oder unklarer Rechtslagen³³ bzw. zur Präzisierung vager Begriffe (wie „auswärtige Interessen der Bundesrepublik Deutschland“ i.S.d. § 7 Abs. 1 Nr. 3 AWG³⁴) stellt sich – gerade auch mit der Hintergrundkenntnis des Vergleichs mit den beiden

³¹ Dieser Punkt wird von *Petersmann* aaO (Fn. 19), nicht berücksichtigt.

³² Angesichts des Umstandes, daß das deutsche Außenwirtschaftsrecht weitgehend eine Transformation des europäischen Außenhandelsrechtes ist, muß das Verhältnis zwischen dem Schutz europäischer und deutscher Grundrechte geklärt werden.

³³ Etwa die Unklarheit, inwieweit für Eingriffe in Verträge gehaftet wird und ob Billigkeits-Ansprüche für rechtmäßige, aber unverhältnismäßige Eingriffe geschaffen werden müssen; vgl. dazu Kapitel III.

³⁴ Mangels hinreichender Bestimmtheit wird die Verfassungsmäßigkeit des § 7 Abs. 1 Nr. 2–3 AWG in der Literatur teils bezweifelt (vgl. etwa *Putzier*, Die Ermächtigungen des Außenwirtschaftsgesetzes, 60f, und *Bryde* in: *Achterberg/Püttner* (Hrsg.), *Besonderes Verwaltungsrecht*, Band I, Rn. 747), a.A. aber die deutsche Rechtsprechung (BVerfG, DWiR 1992, 192f, BVerfGE 91, 148, (163) I, BVerwG E 89, 121 (132) = DÖV 1992, 445–448, OLG Hamburg, NJW 1976, 1046f)

anderen Staaten der Triade – die Frage, inwieweit im deutschen Außenwirtschaftsrecht Präzisierungen erforderlich sind.

Nachfolgend werden die im Rahmen des Außenhandels auftretenden individuellen Freiheits- und allgemeinen Beschränkungsinteressen systematisiert, damit sich die Rechtsvergleichung auf diese jeweils fünf Freiheits- bzw. Beschränkungsinteressen konzentrieren kann.

2. Die fünf außenhandelsbezogenen Freiheitsinteressen

Unter den „fünf außenhandelsbezogenen Freiheitsinteressen“ werden hier folgende materielle oder formelle Interessen des Exporteurs/Importeurs verstanden, wobei formelle Interessen entweder als Mittel zur Durchsetzung materieller Interessen oder auch – in eingeschränkterem Maße – selber als Interessen verstanden werden können.

a) Interesse 1:

Das erste materielle Interesse des Exporteurs und Importeurs wird *der grundrechtliche Schutz des grenzüberschreitenden Handels* sein, also der Schutz der Wirtschafts- und Vertragsfreiheit auch nach außen hin. Von einem solchen Grundrecht könnte nicht mehr gesprochen werden, wenn es entweder allein um ein Export*privileg* ginge oder wenn das Wirtschaftsgrundrecht angesichts des Auslandsbezugs – etwa durch die Annahme eines „Primats der Außenpolitik“ – an grundrechtlicher Substanz verlöre. Die Analyse des *law in books* – also der Theorie – muß ergänzt werden um die Praxis, also das *law in action*, worunter die Anwendung durch Gerichte und Verwaltung verstanden wird.

Bei der Analyse der *Rechtsprechung* (in Kap. III) ist zu zeigen, ob und inwieweit ein solches Grundrecht das Verwaltungsermessen einschränkt und somit zu einem gerichtlich einklagbaren Recht auf Genehmigungserteilung (oder zumindest zur Neubescheidung) führt. Sofern hingegen das Gericht das weite Ermessen der Verwaltung sanktioniert, wird zu fragen sein, ob dies durch die *political question*-Doktrin begründet ist. Einschränkend muß hinzugefügt werden, daß gerichtliche Auseinandersetzungen von untergeordneter Bedeutung für die Praxis des Außenwirtschaftsrechts sind, weil eine nach ca. dreijähriger Verfahrensdauer erstrittene Genehmigung in der Regel ökonomisch wertlos geworden ist: Das Außenwirtschaftsrecht unterliegt sehr viel härteren zeitlichen Anforderungen als die meisten übrigen Gebiete des Verwaltungsrechts.

Noch wichtiger als die Gerichtspraxis wird daher dem Ausführer die zur Implementierung eines solchen Rechts erforderliche *Verwaltungspraxis* (untersucht in Kap. II.5, II.6 und II.7) sein. Hierfür ist zweierlei zu verlangen: erstens ein Minimum an Handelsrestriktionen (*Interventionsminimum*) einschließlich

Stichwortregister

- Abbau von Handelsschranken und Zöllen 131
- ABC-Massenvernichtungswaffen 164
- Abgrenzungsfragen wegen Intransparenz 350f
- Abhängigkeit von Export/Import (siehe auch Handelsabhängigkeit) 20–35, 354–356
- Abhängigkeit von Rohstoffen bzw. Lebensmitteln 33
 - Marktindikatoren 20–24
 - Absolute Abhängigkeit 30–35
 - Relative Abhängigkeit 25–34
- Abkommensrecht 142
- Abwägung zwischen Freiheit und Gemeinwohl 9
- Additional Permissive Reexports* (APR) 180
- Administrative Aushöhlung der Handelsfreiheit 4, 11, 13
- Administrative Einführung neuer Formulare oder neuer Vereinfachungen 348f
- Administrative Guidance* (siehe: Verwaltungsleitung)
- Administrative Praxis 8, 10, 154–322, 510–513
- Administrative Law Judge* (ALJ) 178, 404f, 456
- Advisory Opinion* 181, 245, 331, 352
- Agency Gridlock* (siehe auch: *gridlock*) 206, 209, 232, 275, 293, 320, 327, 330, 358, 510, 514
- Allgemeine Genehmigung (AG) (siehe auch *license exceptions*) 178f, 238–243, 299f, 331, 339–342, 352, 511, 531
- Allgemeines Wirtschaftsrisiko (siehe auch: Risikosphäre, und: Risikogemeinschaft) 465
- Allgemeinverfügung 241, 339–342, 343, 352, 524, 531
- Allgeyer vs. Louisiana* 378f
- Alliiertes Hauptquartier 476
- Amae* (Abhängigkeit von elterlicher Liebe) 81
- Amakudari / Revolving Doors* 39, 44, 49, 327, 356, 530
- Amtshaftung 449
- Angeborene Rechte (siehe: Naturrecht)
- Angemessene Außenhandelsfreiheit 6, 7, 8, 15, 91, 145–150, 354, 507–513, 527f
- Anpassungsbeihilfen 58
- Antiboykott / Antiboykottklärung 256, 399f, 453, 501, 526
- Antidumpingrecht 256, 528
- Antikommunismus 73
- Antimonopoly Act 321f
- Antisubventionsrecht 72
- Anwendbarkeit, unmittelbare (siehe: Unmittelbare Anwendbarkeit)
- Anwendungsvorrang vor Gesetzen 134–139, 143–144, 362, 506f
- APA (*Administrative Procedural Act*, USA & Japan) 177, 295–297, 330, 488f
- APA-Ausschluß 177, 296, 502
- APEC (*Asia Pacific Economic Cooperation Forum*) 66, 74, 116–119
- Apothekenurteil* (deutsches und japanisches) 423f, 478f, 482, 492, 499
- Äquivalenzprinzip 94, 115, 146, 200, 267f, 320
- Arbeitsbeschaffungsprogramme 382
- Arzneimittel 196, 264, 312
- Atmosphäre 292–302, 320, 326, 489, 515
- Aufklärung/Vernunftrecht 84
- Aufspaltung Produktionsprozeß 2, 3
- Auschwitz 64, 66, 74, 356
- Ausfuhrbeschränkungen 160, 224, 225, 286, 292
- Ausführer 3
- Ausfuhrfreiheit 323, 332, 481, 511, 512, 517, 519
- Ausfuhrgenehmigung 224, 260, 431, 443

- Ausführverantwortlicher 248, 327, 332, 531
 Ausfuhrverbot 164, 308, 511, 512
 Ausführverfahren 172–182, 232–237, 292–302
 Auskunft 344
 Auskunft zur Güterliste (frühere Negativbescheinigung), (siehe: Negativatteste)
 Außenhandelsfreiheit (bzw. Außenwirtschaftsfreiheit) 68, 91, 145, 285, 324, 354, 361, 402, 428, 455, 467, 468, 482, 486, 497, 504, 507, 509, 510, 511
 Außenhandelsquote 24
 Außenpolitikklausele 14, 231f, 291, 366, 391, 460f, 480
 Außenpolitische Interessen 51–75, 460f, 464f
 Außenwirtschaftspolitik 53–75, 77, 78, 514
 Ausweichklausele (siehe: *escape clause*)
 AWG 213–217, 224–234, 331f
 AWW 274–276, 325, 333, 523
- Bad Guy-Countries* 189f, 367
 BAFA (Bundesausfuhramt) 11, 232, 248, 334, 341, 344, 348, 370, 467, 497, 509, 512
Bakeshop Acts 379–382
 Bamako Konvention 110
Bananenmarkturteil 421, 435, 498
 Bananenmarkt-VO 132, 368
 Baseler Konvention 109–110, 204, 273, 319
 Beamtenstaat 79
 Bearbeitungsfristen 177, 234, 295, 330, 371
 Beratungen 294, 328, 371
Bernstein vs. US 401, 412f, 501
 Berufsausübungs- & Berufswahlregelungen 425, 427, 497
 Berufsfreiheit 378, 421–427, 428, 432, 477–482
 Berufsverbot 248, 332
 Beschaffungswesen 321
 Beschränkungsgründe des AWG 217, 530
 Bestandskraft des VA 437f
- Bestimmtheit bei Delegation an Exekutive (siehe auch: *intelligible principle*) 347, 407, 459–462
 Bestimmtheitstrias des Art. 80 GG 459–462
 Betäubungsmittel (siehe: Drogen)
 Beurteilungsspielraum (siehe auch Einschätzungsprärogative) 480
 Bhopal 115
Big Business 381, 388
 Bilaterale Handelsabkommen 53
Bill of Rights 374f, 414, 495
 Billigkeits- bzw. Aufopferungsanspruch 11
 Binnenhandelspolitik 58
 Binnenmarkt & Binnenmarktschutz 59, 276, 498, 509
 Binnenorientierung 31, 32, 34, 49
 BIP 20, 24
 Bipolarität 51
 Bogor-Erklärung der APEC 119
 Boykotterklärung (siehe auch: Antiboykott) 12, 231
 Brief- und Fernmeldeverkehr 250
 Bundesverfassungsgericht 417, 496, 501, 518
 Bürgerlich-politische Grundrechte: 78f, 358
- Aufwertung zulasten wirtschaftlicher Rechte 77f, 358, 383, 388, 479, 517
 - Gleichbehandlung mit wirtschaftlichen Rechten 359, 479, 499, 517
- Bürokratische Zielverschiebung 4, 323
 Bürokratischer Aufwand (Überforderung von Firmen) 325f, 333
Buttfield vs. Stranahan 393, 407f
 BWÜ 102–103
 BXA (*Bureau of Export Administration*) 11, 172–182
- Carolene Products* (siehe: *US vs. Carolene Products*)
Case Law 85, 86, 358, 359, 397, 473, 519
Cassis de Dijon 219, 498
Catch-all Genehmigungstatbestand 163, 224, 530
Charming Betsy-Regel 135, 152, 363, 506

- Chemikalien 103–106, 114f, 198, 264f, 310–312
- Chicago School* 384
- CISTEC 71, 293
- CITES 107–108, 204, 274, 319
- Civil law* 85, 88
- Classification Request* 180, 245, 328, 331, 352
- CoCom (Coordinating Committee)* 57, 58, 68, 119–121, 324, 342, 357, 481, 492, 499, 515
- CoCom Cases* (siehe *Nikkoten Case, Toshiba Case*)
- Commerce Clause* 32, 391, 399, 406
- Commercial Speech* 400–402
- Commodity Jurisdiction Procedure* (siehe auch: Zuständigkeitsprüfungsverfahren) 173
- Common Law* 88, 375
- Compelling State Interests* 7, 8, 408, 428
- Compliance Program (CP)* 292, 320f, 327, 371
- Comprehensive Approach* 332, 334
- Concern-VER* 292
- Containment, & weites containment* 53, 56, 57, 60, 63, 73, 171, 357, 365
- Contract Clause* 394f
- Contract Sanctity Bestimmung* 158, 217, 286, 323f, 398, 445, 530
- Corpus Iuris* 84
- Court Packing* 383
- CP-legislation* 71, 147, 295, 300, 320f, 489, 513
- Cry and Sigh-Syndrom* 59, 62
- Curtiss Wright* (siehe: *US vs. Curtiss Wright*)
- CWÜ 103–106, 123
- Dames & Moore vs. Regan* 406, 410
- Dart vs. US* 405
- Day in Court* 192
- De minimis non curat praetor* (Geringfügigkeit) 165, 238, 298
- Declaratory order* 352
- Deferential / Non-deferential rational basis test* (siehe auch: *Rational Basis Test*) 380, 388, 390, 395, 428, 497, 499, 508
- Delegation (siehe auch Gesetzesvorbehalt) 407, 458
- Denial Order (Temporary Denial Order)* 181f, 249, 301
- Denied Persons List* 327
- Depressionsphase 386
- Deregulierung 42
- Deténte 53
- Devisenbewirtschaftungsurteil* 429f, 497
- Devisenkontrollen 67
- Dienstleistungen 228
- Differenzierung zwischen Ausfuhr- und Einfuhrfreiheit 519
- Differenzierung zwischen Binnen- und Außenhandel 434f, 498
- Diffusionsofenbeschuß* 462
- Diplomatischer Schutz (siehe auch: Schutzpflichten) 152, 362f
- Direktinvestitionen (siehe: Investitionen)
- Dirigistischer Handel (siehe auch: *managed trade*) 42
- Dispute Settlement Body (DSB)* 128
- Distributionssysteme 41
- Distrikt- und Obergerichte Japans 476, 510
- Do as you are told-law* 81, 82, 295, 370
- DoC (Department of Commerce) 44
- DoD (Department of Defense) 73, 188–193
- Doppelkontrollen (siehe: *Agency Gridlock*)
- Dorsch Consult-Urteil* 448f
- DoS (Department of State) 73, 188–193
- DoT (Department of Treasury) 73, 167–171
- Double standards* (seit *Carolene Products fn.4*) (siehe auch: Bürgerlich-politische Rechte) 383, 387f, 494
- Dritte Welt/Entwicklungsländer 2, 34, 95f.
- Drogen 98, 194, 197, 263, 308f
- Druck von außen (*gaiatsu*) 41, 320, 356
- Druckpotential 34
- Dualismus (zwischen Völker- und Landesrecht) 134
- Dual-Use-Güter 72, 105, 120, 123, 124, 163, 192, 222, 286, 320, 367, 449, 529

- Dual-Use-Verordnung 214, 219, 222–230, 240, 274, 350, 455, 498
- Due Process*-Klausel (*procedural*, siehe auch: *Economic Substantive Due Process*) 330, 376, 377, 385, 403–405, 487f, 495
- Dumping (siehe auch: Einfuhren, unfaire) 14, 93, 145, 186, 222, 305, 521
- EAA (siehe: Export Administrative Act)
- EAR (Export Administrative Regulations) 73, 155, 160–182, 327
- Early Wins* (kurzfristige Gewinne) 78
- Economic substantive due process* 89, 378–387, 389, 392f, 396, 411, 412, 495
- Effektiver Rechtsschutz 12, 403–406, 456f, 488f
- EG und EG-V 5, 65, 74, 116–119, 124–126, 129–132, 144
- EG-Antidumping-VO 256, 366
- EG-Antisubventions-VO 256
- EG-Dual-Use-VO (siehe: Dual-Use-VO)
- EG-Eingriffe 468
- EG-Grundrechte 417, 418, 420, 432–435, 445
- EG-Haftung 447f, 450
- EG-Handelspolitik-Verordnung 254
- EG-Kompetenzen 72, 218–223, 450f
- EG-Recht (siehe Gemeinschaftsrecht)
- EG-Verfassungsgrundsatz 440f
- EG-Verordnung 418, 421, 447
- Eigentum & Eigentumsfreiheit (siehe auch: *Takings Clause*) 99, 129, 324, 364, 394–398, 435, 441–451, 483–485, 509, 527
- Eigentumsschutz (für Investitionen) 11, 394, 395, 408, 435, 441, 445, 468, 483, 484f, 492f, 500
- Einfuhr- und Ausfuhrverbot 197
- Einfuhrbeschränkungen 182–188, 310
- Einfuhren, faire 182–185, 250–253, 302–304
- Einfuhren, unfaire 182, 185–188, 254–256, 305f
- Einfuhrfreiheit 517, 519
- Einfuhrquote 303
- Einfuhrrecht und Importphilosophie 182, 306, 322, 324
- Einfuhrverbot (mit Erlaubnisvorbehalt) 183, 310, 455, 519
- Eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb (siehe: Gewerbebetrieb, eingerichteter und ausgeübter)
- Einschätzungsprärogative 426
- Einzeleingriffsbefugnis 217, 291, 348
- Embargo 167–172, 177, 208, 211, 230–232, 290–292, 298, 441, 444, 447, 450, 469, 484, 515
- Embargoeingriffe (rückwirkende) 11, 441, 484, 500
- EMRK, ESC (siehe: Menschenrechte)
- Enabling Clause* 95
- Enkryptologiesoftware 401
- Enteignung 441, 444, 446
- Enteignungsgleicher Eingriff 441, 446f, 448, 449
- Entmachtung des Gesetzgebers (siehe: Gesetz, Verlust der traditionellen Rolle)
- Entschädigung 516
- Entschädigungsanspruch (u. a. aus Widerruf einer Genehmigung) 11, 449, 483, 485
- EPCI *Enhanced Proliferation Control Initiative* 163, 227, 289f, 320, 371
- Erdgasröhrenembargo 61
- Ermessen, Ermessensreduzierung 10, 152, 285f, 363, 489, 499
- Ermessensrichtlinien (siehe auch Verwaltungsrichtlinien) 279
- Escape Clause* (Ausweichklausel) 14, 55, 58, 61, 95, 118, 183, 184, 250f, 302, 304, 391, 392
- EU-Exportkontrollrecht (siehe auch: Dual-Use-VO) 124–126
- EuGH (Europäischer Gerichtshof) 417–420
- Evidenzkontrolle (siehe: Vertretbarkeitskontrolle)
- Ex post facto*-Klauseln 394
- Exekutive bzw. Exekutiveinfluß 334, 335, 458, 524
- Exim Act* 157, 177
- Export Administrative Act* (EAA) 74, 155, 158, 160, 167–178
- Export Clause* 391–394, 412, 495

- Export Control Act of 1949* 57
 Exportbewußtsein 354f, 356
 Exportgenehmigung (siehe: Ausführge-
 nehmigung)
 Exportkontrolle 71, 102, 232, 468, 529
 Exportphilosophie 207–211, 275f, 321f,
 335
 Exportprivileg 10, 73, 158, 324, 327f, 329,
 495
 Exportskandale (siehe auch Rabta, Irak-
 skandal, *Toshiba Case*) 74
 Exportsubventionen 93, 116
 Exportverbot 102, 329
 Exportversicherung 12, 436f, 485, 530
 Extraterritoriale Rechtsanwendung 3,
 365
 Exzessiver Schutz (siehe auch Exportphi-
 losophie) 9, 207–211, 275, 314f, 527f
- Fair trade* (statt *free trade*) 43, 44, 50,
 355
Fair Trade Commission (FTC) 297
 Fairer Wettbewerb 144
 Faires Verfahren (siehe: Verfahrensrech-
 te)
 FAO-Abkommen 114
Fast track-Verfahren 59, 60, 74
*FECL (Foreign Exchange and Foreign
 Trade Control Law)* 282–290, 301, 302,
 319
 Feststellender Verwaltungsakt (siehe
 auch: Verwaltungsakt) 342f, 352
 Feudalstaat (siehe auch: Ständegesell-
 schaft) 474
Fifth Amendment 375, 394–398, 410
 Filterfunktion der Verfassung 485,
 493
 Finanzverwaltung (Oberfinanzdirektion
 u. a.) 249
First Amendment 77, 375, 398–403, 410
 Fläche / Bevölkerungsdichte 20
 Fleisch (siehe: Pflanzen, Tiere)
Foreign Affairs 408–410
Foreign Availability Prinzip 158, 324, 371,
 528
Foreign Military Sales 189–192
 Forschungspolitik (siehe: Industriepoli-
 tik)
- Founding Fathers* (siehe auch: Jefferson's
 Ideal, Jackson's Konzept) 77, 374–378,
 494
 Freier Handel 93, 116, 140, 145, 411
 Freiheit mit Beschränkungsvorbehalt 68,
 324, 327, 329, 510f
 – Präventives Verbot mit Erlaubnisvor-
 behalt 329, 439, 510f
 – Repressives Verbot mit Befreiungsvor-
 behalt 329, 439
 Freiheitsinteressen 323–335, 456, 505,
 508, 510, 523
 Freiheits- und Beschränkungsinteressen
 (siehe auch: Freiheitsinteressen) 10–
 14, 323–335, 354, 505
 Friedensartikel der Japanischen Verfas-
 sung 480
- GATT (siehe auch: WTO) 58, 60, 62, 66,
 92–96
 GATT/WTO-Prinzipien 92–95, 126–142,
 360f
 GATT-Panel (siehe auch: GATT, WTO)
 186
 Gefahrgemeinschaft (siehe: Risikoge-
 meinschaft)
 Geistiges Eigentum 13, 111–114, 150,
 186, 194, 202f, 268, 270, 316f
 Gelistete Güter 498
 Gemeinsame Handelspolitik (EG) 46,
 72, 218–223
 Gemeinsamkeiten / Unterschiede
 Deutschland-Japan 64–65
 Gemeinschaftsrecht 213ff, 497ff
 Gemeinschaftsvorbehalt 433
 Gemeinwohl & Gemeinwohlverständnis
 76, 78, 87ff., 111, 114, 171, 358, 408,
 426, 466, 491, 495, 507, 519
 Gemeinwohlinteresse 91, 147, 209, 354,
 504
 Genehmigungsanspruch 429–432
 Genehmigungsbefreiung 240
 Genehmigungspflicht (güter- oder ver-
 wendungsbezogen) 162, 165–167, 226–
 229, 286, 529
 Generalisierte Handelspräferenzen
 (GSP) 61
 Genfer Protokoll 101

- Gentleman's Agreements* 91, 119–126, 147, 361
- Gerichtliche Kontrolle (siehe auch: Effektiver Rechtsschutz) 403, 405
- Gerichtliche Praxis 373–493, 507–510
- Gerichtsfreie Hoheitsakte (siehe: *Political Question*)
- Gerichtszugang (siehe auch: Effektiver Rechtsschutz) 12, 403–406, 456f, 488f
- Geringfügigkeit (siehe: *De minimus non curat praetor*)
- Gesetz: Verlust der traditionellen Rolle 332–335, 458
- Gesetzesdirigierte Verwaltung 338
- Gesetzesvorbehalt (siehe auch: Parlamentsvorbehalt) 13, 333, 337, 347, 407, 427, 458, 467, 490
- Gesetzesvorrang 458, 467
- Gesetzgeber und Verordnungsgeber 347
- Gesichtsverlust 75, 294, 477, 500
- Gesundheit und Verbraucherschutz 13, 114–117, 147, 148, 194–201, 261–268, 288, 307–314, 309, 354, 368, 379, 381, 408, 463, 491
- Gewaltenteilung 8, 13, 323, 331–335, 337, 347–353, 369–371, 405–408, 409, 457–463, 468, 489f, 502, 509, 524f, 531
- Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit 422, 424, 467, 478, 496
- Gewerbebetrieb (eingerichteter und ausgeübter) 443f
- Gewohnheitsrecht 142, 143, 280, 521
- Gleichbehandlung am Markt / Inländerbehandlung 93, 117, 140, 146
- Globalgenehmigung 330, 349, 512
- Globalisierung 1, 406
- Golfkrieg 61, 62
- Good guys & rogue nations* 189, 335
- Gouvernementales Bewußtsein 79
- Grey area trade restrictions* (Grauzonenmaßnahmen) 2, 41
- Gridlock* (Blockade der politischen Gewalten) (siehe auch: *Agency Gridlock*) 74, 76
- Griswold vs. Connecticut* 388, 390
- Großhandelhäuser (*soga shosha*) 36
- Großprojekte (Vertrauensschutz) 439f
- Grundrechte, Entwicklung der 374–378, 414–418, 470–477
- Grundrechtliche Überprüfungscompetenz des EuGH 418–421
- Grundrechtlicher Prüfungsmaßstab (siehe auch: Vertretbarkeitskontrolle, und: *scrutiny*) 425f
- Grundrechtlicher Schutz der:
- Informationsweitergabe und Kommunikation 12, 398–403, 451–456, 500, 508
 - Investitionen 11, 394–398, 435–451
 - Handels-, Gewerbe- und Marktfreiheit 5, 8, 10, 389–394, 421–435, 477–482, 496
- Grundrechtsbeschränkungen 408ff
- Grundrechtsgleiche Rechte der Handelsliberalität 127–139, 363
- Grundrechtsschranken (siehe auch: Verfassungsschranken) 463, 490
- Grundrechtsverständnis (Wandel) 415–417, 476f
- Grundsatz der begrenzten Ausnahmen (siehe: Prinzip der begrenzten Ausnahmen)
- Grundsätze der Bundesregierung (siehe: Politische Grundsätze der Bundesregierung)
- Gyōsei Shido* (siehe: Verwaltungsleitung)
- Haig vs. Agee* 401, 408
- Halbleiter-Schock 43
- Handel mit konventionellen Waffen und Rüstungsgütern (AECA, KWKG u.a.) 119–121, 188–192, 219, 257–260, 306f, 531
- Handel mit Massenvernichtungswaffen 100–107, 121–126, 192–194, 257–260
- Handel mit nuklearem Material (NVV) 148
- Handelsabhängigkeit 66
- Handelsausweitung 131
- Handelsbarrieren 11
- Handelsbeschränkungsabkommen (siehe: *Voluntary Export Restraints, VER*)
- Handelsdefizit 24, 34, 49, 50, 59
- Handelseingriffe 499
- Handelsförderung des Staates 450
- Handelsfreiheit / Handelsliberalität (siehe

- he auch: Grundrechtlicher Schutz der Handelsfreiheit) 118, 355, 362, 363, 389, 411, 421, 477, 496, 502, 505, 509, 510, 511, 525, 530, 531
- Handelsliberalisierung 67
- Handelsliberalismus 56, 59, 91, 222
- Handelsmonopole (siehe auch: Monopole) 202, 210, 316
- Handelspolitische Maßnahmen 236
- Handelsprivileg (siehe: Exportprivileg)
- Handelsrestriktionen 323, 328
- Handelsschwergewicht/Hauptabnehmer 25, 26, 29
- Handelsstaat 51, 64, 74, 89, 355, 384, 449, 492, 493, 495, 515, 516
- Handelsstaat *par excellence* 321, 513, 515
- Handlungsfreiheit 362, 378, 422, 504
- Hands-off-approach* 388, 480, 495, 498
- Harbour Maintenance Tax* 392
- Harmonisierung, bzw. partielle Harmonisierung 94
- Harmonisierungsprinzip 94, 115, 117, 141, 142, 146, 151, 199, 267f, 275, 320, 361, 529
- Härteklausel 446f, 469
- Haushaltsgesetz 237
- Hegemonialpolitik 73, 209
- Helms Burton Act* 73, 169, 256
- Higaito Shomei* (japanische Entscheidung zum Nullbescheid) 300, 353
- High und low politics* 51, 357
- Hiroshima 64, 66, 74, 476
- Historische Rechtsschule 84
- Höchstbetragsgenehmigung (HBG) 244, 348
- IAEO 100
- IEEPA (*International Emergency Economic Power Act*) 156, 159, 168f
- Imperial presidency* 77, 88
- Implementationspflicht 99
- Individualschutz bzw. Institutsgarantie 128, 129–133, 139, 140–143, 362f
- Industriepolitik 17, 19, 37–48, 50, 62, 78, 88, 355, 356
- Infant-industry-Argument* 14, 40, 53, 54
- Informationsfreiheit und Informationszugang 178, 398, 451f, 468, 486, 501
- Informationsweitergabe/-beschaffung (s.: grundrechtlicher Schutz Informationsweitergabe)
- Informelle Wirtschaftssteuerung (siehe auch: Verwaltungsleitung) 39, 326f, 356
- Inhalts- und Schrankenbestimmung 444, 447f
- Institutsgarantien 139, 151
- Intelligible Principle* 407, 468, 503
- Intensivierte inhaltliche Kontrolle 428–432, 461f, 497
- Interagency gridlock* 175
- Interagency groups* 233, 293, 320, 365
- Interagency Referrals* 175–177, 205, 233
- International Trade Commission (ITC)* 184, 186, 250
- International Trade Offices (RITI)* 292–294
- International Trade Organization* 56
- Interventionistische Industriepolitik 48
- Interventionsminimum 10, 11, 146, 158, 172, 207, 208, 217, 276, 286, 320, 323–329, 354, 364f, 382, 510, 511, 525, 526
- Interzonenhandelsurteil* 429
- Intransparenz 275, 324, 333, 350, 353
- Investitionen 2, 11, 29, 43
- Investitionsrecht 3
- Irakskandal 69
- Iran Air vs. Kugelman* 405
- Isolationismus (*isolationism*) 17, 21, 22, 23, 24, 25, 34, 52, 53, 55, 354, 356
- Jackson'sche Demokratiekonzept des negativen Staates 381, 385
- Japan-Problem 44
- Jefferson's Ideal der klassenfreien und marktliberalen Gesellschaft 376
- JETRO 68
- jōri* (natürliche Vernunft) 17, 83, 88, 294, 359, 475, 500, 521
- jōshiki* (gesunder Menschenverstand) 82, 89
- jōyaku* (veröffentlichte Staatsverträge) 277
- Judicial self restraint* 380, 384, 386, 476, 499

- Judicial Activism* 382, 385, 387
 Junktimklausel 446, 475

 Kaderprinzip (*gakubatsu*) 39, 49
 Kaiserliches Erziehungsedikt 475
 Kalter Krieg 57, 74, 460
 Kartellrecht 3, 117, 297, 321f
 Kassationsrecht (siehe auch: Parlamentarischer Kassationsvorbehalt) 46, 217, 286, 321, 324, 458, 462f
Keiretsu 35, 321
 Keynesianismus 19, 38, 39, 42, 49, 210, 386f, 411
 Klagebereitschaft 516
 Klassengesetzgebung 376, 378, 385, 494
 Kodak-Fuji-Case V, 3, 35f
 Knowhowtransfer 12, 228, 400–401, 412, 453–455, 468, 501f, 508, 526, 527
 Kommunikation (siehe auch: Meinungs- und Informationsfreiheit) 398–403, 451
 – grenzüberschreitende 486, 500
 Kommunitarische Gesellschaft 79
 Kompetenzüberlappungen (siehe: *Agency Gridlock*)
 Komplexität der Regelungsmaterie 462
 Konfuzianische Gesellschaft 79, 80, 475
 Kongreß 44, 56, 77, 88, 392
 Konkordanzdemokratien 78, 359
 Konkurrenzdemokratie 77, 88
 Konstitutionalisierung des Welthandels 4, 5, 8, 15, 91, 126–144, 150–153, 362–364, 499, 507, 519–523
 Konstitutionelle Monarchie 474
 Kontrolldichte (siehe auch: Vertretbarkeitskontrolle, und: intensivierte inhaltliche Kontrolle) 426–431, 433f, 456, 461f
 Konventionelle Waffen 14
 Konzertierte Aktion 45
 Koreakrieg 57
 Korporatistische Systeme 40, 49, 356
 Kriegswaffen 320, 345, 526
 Kriegswaffenkontrolle 95, 257–259
 Kuba-Krise 53
 Kulturgüterschutz 14, 95, 111, 147, 194, 202, 203, 220, 268, 270–272, 317f, 354, 361, 368

 Kundenstamm 443
 Kunstfreiheit 455, 501
Kyoto Necktie Case 137, 138

Laissez faire-Theorien 376, 381, 494
Law in action 8, 10, 154, 372
Law of the jungle 3, 8, 507
Law to Control Guns and Swords 306
 Lebensmittel/Kosmetika 197f, 266, 310, 312–314
 Lebenswichtiger Bedarf (siehe: *Short Supply*)
Legal thinking (siehe auch Rechtslehre) 17
Leifer- und Werner-Urteile (siehe auch: EG-Kompetenzen) 350
 Leistungsbilanz 78
 Liberalisierung des Außenhandels 72, 171, 354
 Liberalismus 42, 49
 Liberalität des Welthandels 4, 414
Liberty of Contract (siehe: *Economic Substantive Due Process*)
License Exeptions (LE) (siehe auch: Allgemeine Genehmigung) 178–181, 238–240, 331, 511
Londoner vs. Denver 403
Lochner vs. New York: 379–389
 – Ansatz 382, 412f, 494, 495
 – Ära 378–384, 388, 496
 – Rechtsprechung 384, 423, 479, 517

Maastricht-Urteil 419f
Mainstreaming (weiter Begriff der Konstitutionalisierung) 363
Managed trade 43, 80
Marbury vs. Madison 81
Market Disruption Clause 184, 251
 Marktbedingungen und Vertriebsstruktur 19, 35 – 37
 Marktfreiheit 5
 Marktgleichbehandlung (siehe: Gleichbehandlung am Markt)
 Marktkonforme Strukturanpassung und -gestaltung 45
 Marktliberalismus 208, 385, 494
 Marktöffnung 14, 49, 63, 186f, 255f, 305f

- Marktordnungen 309f
 Markttheorien 38
 Marrakesch-Abkommen 128, 132, 138, 140
 Marshall Plan und NATO-Einbindung 56, 57, 65
 Massenvernichtungswaffen 14, 102, 121–124
Means-End Scrutiny (siehe auch: *Scrutiny*) 535
Meiji-Ära 80, 470–475
Meiji-Verfassung 475
 Meinungs- und Informationsfreiheit 12, 150, 398–403, 451–456, 486f, 508
 Mengenmäßige Beschränkung / Quoten 2, 41
 Menschenrechte 5, 14, 98–99, 129, 138–140, 147, 190, 371, 464f, 529
 Merkantilismus 19, 37
 MFN (*most favoured nations*) – Klausel 55, 500
 Militärpolitische Hegemonie 51
 Militärregierungsgesetz Nr. 53 67, 324, 357
 Ministerialverordnungen (*Shōrei*) 278
 MITI (*Ministry of International Trade and Industry*) 11, 39, 49, 32, 80, 281, 289, 292–302, 312, 320, 333f, 355, 360, 367, 369, 472, 483, 484, 489f, 499, 512, 516
 Monetäre Strukturpolitik 467
 Monistisches System 134
 Monopole (siehe auch: Handelsmonopole) 117, 269
 Monroe-Doktrin 52
 Montreal Protokoll 107, 110, 204, 273, 319
 Multipolarität 51
 NAFTA und NAFTA-V 6, 25, 63, 116–119, 130, 139, 140, 360, 521
Naftauskiesungsbeschluss 444f
 NATO 56
 Natürliche Vernunft, s.: *jōri*
 Naturrecht / Angeborene Rechte 374
 Nebenbestimmungen zum VA 439f
 Negativatteste (Nullbescheid, Auskunft zur Güterliste) 11, 245–246, 300, 331, 338, 342–344, 370, 439, 512
 Negativbescheinigung (siehe: Auskunft zur Güterliste)
Negative Regulations 478
 Neoliberalismus (siehe auch: Deregulierung) 19, 38, 42
 Neo-Merkantilismus 41, 48, 49, 66, 67
 Netzwerke 49, 89, 359
New Deal 42, 53, 55, 56, 210, 355, 496
New Deal-Keynesianismus 382, 494
new property 395, 404, 442
New York Times vs. US (Pentagon Paper Case) 400f, 409f
newcomer 49
 Nicht geregelte Fragen (siehe auch: Regelungslücken) 349, 362
 Niederlassungsrecht 2
Nihon-jinron (Selbstverständnis nationaler Einmaligkeit) 65
Nikkoten Case (first CoCom Case, 1969) 480–482, 492, 499
Nollan vs. California Coastal Commission 396f
 Nonproliferation / internationale Sicherheit 14, 61, 74, 95, 100–107, 148, 171, 192–194, 290, 354, 357, 366, 480, 514, 515
 Nonproliferationsabkommen (NVV, BWÜ, CWÜ) 100–107, 148
 Nonproliferationsregime 62, 121–124, 148, 320
Non-tariff-barriers (NTB) 2, 41, 44, 47 – 49, 60, 68, 116, 140, 321, 367, 513
 Normenhierarchie 8, 154–155, 212, 277–280
 Normativer Formenmißbrauch 340, 370
no-serious injury-Prinzip 55
 Notstandsbefugnisse 13, 320, 335
 Notstandsgesetzgebung 159, 275, 365
No-undercut-Bestimmung 121, 123
 Novellierung Außenwirtschaftsrecht 69–72, 533f
 NSG, MTCR und AusG (siehe: Nonproliferationsregime)
Nuclear Non-Proliferation Act (NNPA) 61, 147, 157
 Nullbescheid (siehe: Negativatteste)
 Nulltoleranzniveau 199, 268

- NVV (s. auch: Nonproliferationsabkommen) 100–101
- Objektive Verfassungsprinzipien der Handelsliberalität 5, 8, 364
- OFAC (Office of Foreign Assets Controls), siehe: DoT
- Öffentliche Sicherheit und Ordnung 13, 269, 316, 354, 361, 463
- Office of Defense Trade Controls* (ODTC, DoS) 173, 188–193
- Office of the Trade and Investment Ombudsman* (OTO) 314
- Ökologie 14, 95, 107–110, 147, 149, 194, 201, 204, 268, 272–274, 318f
- ökonomische Einflußfaktoren 19–50, 513–517
- Ökonomische Grundrechte (siehe: Wirtschaftsgrundrechte)
- orderly marketing agreements* (OMAs) 184, 291
- Orders* (siehe: *Rules, Orders*)
- Ordnungswidrigkeiten 247
- Organisation für das Verbot chemischer Waffen 104
- Overbreadth* 400
- Oyabun-kobun* (Eltern-Kind-Beziehung) 81, 359, 516
- Parias-Staaten (*tokutei chiiki*) 287f
- Parlamentarischer Kassationsvorbehalt 13, 462f
- Parlamentsvorbehalt (s. auch Gesetzesvorbehalt) 331–335, 347, 407, 458, 465, 490, 502
- Paternalismus 50
- Paternalistisch-strategische Industriepolitik 50
- PBRR / PWSR (siehe Menschenrechte)
- Penumbra* der *Bill of Rights* (siehe auch: *Griswold*) 390, 495
- peril point procedure* 55
- Pflanzen und Tiere 198, 263, 266f, 310–314
- PIC* (*prior informed consent*) 110, 115, 195
- police power* 377–384, 386f, 479, 499
- Political question*-Doktrin 10, 409–411, 466f, 491f
- Politische Einflüsse 51–75, 356f, 513–517
- Politische Grundsätze der Bundesregierung 248f, 259, 306, 332f, 345–347, 459, 465
- Politische Konstitutionalisierung 151f, 363
- politische Kultur und Parteien 65
- Pornographie (siehe: Publikationen, pornographische)
- Positive Regulations* 478, 480, 492
- Postkommunismus / *post cold war* 51, 53
- Praktikerrecht bzw. Praktiker 8, 331, 334
- Praktische Konkordanz 6, 361, 433, 466, 507
- Präsident, inhärente Kompetenzen 406f
- Präventives Verbot (siehe: Freiheit mit Beschränkungsvorbehalt)
- Präzisionen und Höherzonen 530f
- Premierministerverordnungen (*sôrifurei*) 278
- Pressefreiheit 451
- Primat der Außenpolitik 8, 10, 465f, 515
- Prinzip der begrenzten Ausnahmen 95, 118, 364, 522, 525
- Prinzip der Harmonisierung (siehe: Harmonisierungsprinzip)
- Prinzip der transparenten Handelspolitik (siehe: Transparenz)
- Prinzip des freien Handels (siehe: freier Handel)
- Prior Notifications* (siehe auch: *CP-legislation*) 294, 321
- Prior Restraint on Free Speech* 400, 501
- Prioritätsrecht 112
- procedural due process* (siehe: *Due process*-Klausel)
- Produktionskapital 376
- Produktpiraterie 250, 270
- Produktwerbung 12, 400, 452, 486
- Protektionismus 14, 39, 40, 41, 44, 56, 60, 211, 363f
- Prozedurale Garantien und Rechte 403–405, 502
- Publikationen, obszöne 202, 398, 402f, 455, 486

- pornographische 202, 269, 455, 486f, 493, 500f, 527
- Pursuit of Happiness* 379
- PVÜ 112

- Qualitätskontrollen 14, 201, 269, 287, 315
- Quarantäne (siehe auch: Pflanzen und Tiere) 313f

- Rabta-Skandal (1988) 61, 64, 69, 232, 269, 357
- Rational Basis Test* 380, 497, 535
- *Deferential* 380, 390, 428
- *Non-Deferential* 380, 387, 390, 428
- RBÜ 112, 143
- Recht als „*power play*“ 87, 88, 89, 358
- Recht im weiteren Sinn 83, 90, 506
- Recht auf Arbeit 98
- Recht auf Information (siehe: Informationsfreiheit)
- Rechtliches Gehör (siehe: Verfahrensrechte, und: effektiver Rechtsschutz)
- Rechtsautorität 506
- Rechtslehre / Rechtsdogmatik 83, 85, 86, 89, 359
- Rechtspolitik 528–534
- Rechtsquellen 154f, 213, 276–282
- Rechtsschutz 144, 456, 488
- Rechtssoziologie 17f
- Rechtsstaat / Rechtsstaatsprinzip (siehe auch: *due process*-Klausel, Gewaltenteilung, Gesetzesvorbehalt) 405, 457, 487, 489
- Rechtswidrigkeit allgemeiner Genehmigungen 341
- Reciprocity* (siehe auch: Gleichheit der Marktzugangschancen) 62
- Reciprocity Agreements* 54
- Reexporte 180
- Reform des allgemeinen Verwaltungsrechts 336–338
- Regan vs. Wald* 410
- Regel-orientiertes Verfahren 128–129, 139–140
- Regelungsbestimmtheit 10
- Regelungsebene (siehe auch: untergesetzliche Regelungen, und: Normenhierarchie) 523–525
- Regelungslücken / Ungenügend geregelte Fragen 349
- Regelungstransparenz (siehe: Transparenz)
- Regierungserklärungen Japans (*Three Principles*) 306f, 353
- Regierungsverordnungen (*seirei*) 278
- regionale Einbindung 65
- Regs (Regulations)* 172, 328, 403, 411, 478
- Regulatory Taking* 396, 411, 484f, 500
- Regulierungsstaat 407, 410f, 461f, 496, 518
- Reisebeschränkungen 399, 401, 402
- Religion 65
- Repressives Verbot (siehe: Freiheit mit Beschränkungsvorbehalt)
- Restbestand eines Grundrechts 391, 393, 495
- Revolving doors* (siehe auch: *amakudari*) 44, 530
- Rezeption europäischen Rechtes 472–476
- Richtlinien und Verwaltungsvorschriften (japanische) 89, 277–282
- Risikogemeinschaft Staat-Wirtschaft (siehe auch: Handelsstaat) 449f, 468, 484f, 493, 500, 516
- Risikosphäre des Einzelnen und der Allgemeinheit 436, 450
- Roe vs. Wade* 388
- Rogue nations* 365f
- Rückforderung von Beihilfe 441
- Rücknahme von Verwaltungsakten (siehe: Verwaltungsakt)
- Rückwirkungsverbot (siehe auch: Vertrauensschutz) 11, 394f, 435, 437f, 483
- Rulemaking* und *Adjudication* 351
- Rules, Orders* 351, 353
- Rüstungsexportrecht (siehe auch: Handel mit Waffen) 367f
- Rüstungsexportverbot 307

- Samarraurteil* 431, 462, 468
- Sammelausfuhrgenehmigungen 188, 243–244, 299f, 325f, 327, 330f
- Sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen (WTO-Abkommen) 115, 199, 314

- Sanktionen 181f, 246–250, 301f, 335, 369
 Schädlingsbekämpfung- und Düngemittel (siehe auch: Chemikalien) 115, 197, 261, 265, 312
 Schaltkreis-Vertrag 113, 114
 Schlafendes Recht (siehe auch: *Hands off-Approach*) 390, 430, 467, 495, 497
 Schutzpflichten (siehe auch: Verfassungsschranken) 463–465, 466, 519–521
 Schutzzölle 54
Scrutiny (Prüfungsmaßstab) 494, 535
 – *intermediate* 428, 497
 – *heightened* 380, 387, 390, 497, 498, 499
 Section 301 *Trade Act* (s. auch: *Super 301*) 43, 186, 254, 355
 Seide 309
 Selbstbeschränkungsabkommen (siehe: *Voluntary Export Restraints, VER*)
 Selbstentmachtung des Parlaments (siehe auch: Entmachtung des Gesetzgebers, und: Gesetzesvorbehalt) 459, 468
 Selbstentscheidungsformel 459, 502f
 Selbstgenügsamkeitsansatz 44, 48, 49, 354
 Selbstregulierung der Wirtschaft (siehe auch: Ausführungsverantwortlicher, und: *Compliance Program*) 327
 Sendungsbewußtsein aus Prädestinierung 210f
Short-supply-Kontrollen 13, 219, 287, 288, 391
 Sicherheitspolitische Kontrollen 183–185, 188–193, 206, 275, 320, 357
Soft law (Verbindlichkeit von Regimen) 120, 124–126
 Softwaretransfer 455, 502
Solange-Beschlüsse 418–420
 Sonderopfer bzw. Schwere 444f, 447
 Soziale Marktwirtschaft 45
 Sozialnormen (siehe auch: *Jori*) 477
 Sozialpflichtigkeit des Eigentums 444
 Sozialstaat 384, 495
 Soziokulturelle Einflußfaktoren 17, 65, 76–90, 358–360, 513–517
 Staatsverträge, veröffentlichte (*jōyaku*) 277
 Staatszielbestimmungen (siehe auch: Institutsgarantie, und: Schutzpflichten) 519
 Staat-Wirtschaft-Risikogemeinschaft (siehe: Risikogemeinschaft Staat-Wirtschaft)
 Standards 200f, 267f, 314
 Ständegesellschaft (siehe auch: konfuzianische Gesellschaft) 471f, 475
 Strafteuern 60
 Straftaten und Ordnungswidrigkeiten (s. auch: Sanktionen) 181f, 246–247, 301
 Strafzölle 43
 Streitvermeidungskultur 474, 489
Structural Impediments Initiative (SII) 30
 Strukturgestaltung-, erhaltung und -anpassung 38, 45, 46
 Strukturpolitik 45
 Stufentheorie 427
 Subsidiarität 47, 494
Substantive Due Process (siehe: *Economic Substantive Due Process*)
Sunset Industries (siehe auch: Monopole) 269, 316
Sunset-Klauseln 77, 88, 358, 514
Super 301 (und *Special 301*) 43, 187f, 270
Super Legislature 386
 Supermarktgesetz 36, 478
Supreme Court (USA, Japan) 377–413, 417, 477
 Symbolische Bedeutung der Grundrechte 476f
 Symbolische Gesetzgebung 88, 209

Takings Clause (siehe auch: *Regulatory Taking*, und: *Fifth Amendment*) 395–398
 Tarifäre Handelshemmnisse 47
Tariff Act of 1930 (Smoot Hawley) 54, 157
tatamae-home (formelle Außenwelt – innere Welt) 81, 82, 359, 521
Taxicab Case 487f
 Technische Handelshemmnisse (WTO-Abkommen) 116, 199
Tenno 472, 475
 Terrorismusbekämpfung 14, 63, 184, 190, 464
 Testmarkt für die Ausfuhr 40

- Textil-Einfuhr- Verordnung 253
 Theorienrezeption 473f
 Tiere (siehe: Pflanzen und Tiere)
Tokugawa-Edo-Epoche 79, 470f
Toshiba Machine Case (1986–87) 68, 71, 293, 357, 481
 Totalembargo 21, 169, 208, 231, 365, 396f
Trade Act of 1934, 1962, 1974, 1979, 1984, 1988 54, 58, 59, 60, 61, 62, 157
Trade remedy-Gesetz 62
Trading with the enemy Act (TWEA) 54, 56, 73, 156, 159, 168
 Traditionelle Konzepte japanischen Rechts 470–472
 Trägerraketenliste 287
 Transatlantische Beziehungen 58, 63, 72
 Transithandelsgeschäfte 230, 260
 Transnationale Unternehmen 3
 Transparenz 11, 94, 117, 140, 146, 297, 364, 510 – 512
 Transport- und Kommunikationskosten 1
 Triade 4, 10, 14, 15, 354, 364, 366, 417, 495, 500, 502, 506, 507, 512, 515, 517, 523
 Trilaterale Konkurrenzdebatte 46
 Truman-Doktrin 56
Tuna Dolphin Fall 149, 205
 Überbürokratisierung (siehe auch: bürokratischer Aufwand, und: Regulierungsstaat) 462
 Übergangsregelung 438, 447
 Übergesetzliche Normen 9
 Übernahme ausländischer Rechtsregeln 9, 528–530
 Überschneidungen (siehe auch: *Agency Gridlock*, und: Kompetenzüberlappungen) 275
 Umkehrung der Außenwirtschaftsfreiheit (durch Allgemeine Genehmigungen) 242, 324, 342, 357f
 Umweltschutz (siehe: Ökologie)
 Unabhängigkeitserklärung 374
 Unabhängigkeitsideal 22
 UN-Embargo 14, 95, 290
Unenumerated Rights 89, 358
 UNESCO-Kulturgüterabkommen 318
 Ungleiche Verträge 472
 Unilaterale Embargos / Unilaterale Maßnahmen 208, 211, 255, 335, 365, 371
 unilaterale Umweltmaßnahmen 108
 Unionsbürgerschaft 144
 Unmittelbare Anwendbarkeit (*self executing*) 127, 128, 129–133, 139–141, 362
 Unmoral (siehe auch: Pornographie) 486f
 Untergesetzliche Regelungen („Erlaubnis-Betriebsamkeit“) 212, 275, 327, 331–335, 365
 Unvollständige Liberalisierungen der Einfuhren 183f, 251, 303
US Shoe Corp. vs. US (siehe auch: *Harbour Tax*) 392, 412, 496
US vs. Bozarov 181, 405, 413
US vs. Carolene Products (siehe auch: *double standards*) 383f, 387f
US vs. Curtiss Wright 406f, 409f
 USA-Partnerschaft 74
 USTR (US Trade Representative) 186
 Vage Bestimmungen (siehe auch: Bestimmtheit) 349
Venezuela-Urteil 431, 497
 Verbot mit Genehmigungsvorbehalt (siehe: Freiheit mit Beschränkungsvorbehalt)
 Verbot von Zwangsarbeit 99
 Verbote und Beschränkungen (siehe: VuB)
 Verbraucherschutz 114, 147, 194, 199, 261, 491
 Verdachtskontrolle 104
 Verfahrensdauer (siehe auch: Bearbeitungsfristen) 11
 Verfahrenserleichterungen 11, 178–181, 237–248, 292, 298–300, 323, 330f, 369, 530
 Verfahrensgarantien (siehe auch: Verfahrensrechte, und: Prozedurale Garantien) 456f
 Verfahrensrechte (s. auch: Prozedurale Garantien) 12, 177f, 235, 295–297, 323, 329, 330f, 367, 409, 457, 487–489, 502
 Verfassung 416, 488, 519

- Paulskirchen-Verfassung 415
- Weimarer Reichsverfassung 415
- *Showa Verfassung (Japanese Constitution)* 81, 476
- Verfassungs- oder Zwischenrang 278
- Verfassungsgericht (siehe auch: Bundesverfassungsgericht) 496
- Verfassungsgüter 463, 506, 507
- Verfassungsrecht 374–531
- Verfassungsrechtlicher Interessenausgleich (siehe: Praktische Konkordanz)
- Verfassungsrechtlicher Kontext (Bewußtsein um) 412
- Verfassungsschranken zur Begrenzung von Grundrechten 408f, 463–465, 490f
- Verfassungswidrigkeit 15, 461, 525–527
- Verhältnismäßigkeitsprinzip (s. auch: Interventionsminimum) 158, 207, 242, 276, 321, 328, 378, 478
- Verifikationen 104
- Verkehrssitte (*torihiki kankô*) 280
- Verordnungen (siehe auch: Verwaltungsvorschriften) 278, 345–347, 489
- Verordnungsvertretende Verwaltungsakte 348, 370
- Vertragsfreiheit (siehe auch: *Liberty of Contract*) 376–384, 386
- Vertrauensschutz (siehe auch: Rückwirkungsverbot) 331, 435–441, 483f, 492f, 500
- Vertretbarkeitskontrolle (siehe auch: Grundrechtlicher Prüfungsmaßstab, und: *Rational Basis Test*) 426–431, 433f, 461f, 497
- Verwaltung 89, 504
- Verwaltungsakt 11, 281, 339–344, 352f
 - Rücknahme 341, 346, 483
 - Widerruf 483, 500
 - Abgrenzung zur Verordnung 242
- Verwaltungsermessen (siehe auch: Ermessen) 10
- Verwaltungsgerichte 474
- Verwaltungshandeln 353
- Verwaltungsleitung (*administrative guidance, gyôsei shidô*) 39, 79, 80, 82, 83, 280–282, 286, 291f, 294–297, 319, 327, 353, 367, 502, 513
- Verwaltungsrecht (s. auch: Verfahrensrechte) 336–353
- Verwaltungsrichtlinien / Verwaltungsvorschriften 280, 290, 365, 366, 489
- Verwaltungssanktionen 247–249, 301
- Verwaltungsverfahrensgesetz 12, 234f, 330
- Verwaltungsverständnis (japanisches) 359f
- Verwaltungsvertrag 281
- Verwaltungsvorschriften vs. Verordnung 345–347, 351, 370
- Verwaltungszwang 281
- Vietnam-Schock 59, 73
- Visionen 39, 49, 327
- Völkerfrieden 460
- Völkergewohnheitsrecht 91
- Völkermord 465
- Völkerrechtliche Abkommen / völkerrechtliche Nebenverfassung 5, 91, 363, 505, 520f
- Völkerrechtlicher Einfluß 91–153, 213, 360
- Völkerverfassungsrecht 139
- Volkswirtschaftliche Belange 95
- Vollstreckungsmacht 506
- Voluntary export restraints*, VERs 43, 60, 93, 185, 253, 291f, 326, 513, 517
- Voranfrage 245–246, 338, 344f, 352, 370, 439
- Vorausmeldeverfahren 238, 327
- Vorbehalt und Vorrang des Gesetzes 458
- Vorhersehbarkeitsformel 459–462
- Vormachtstellung der USA / Führungsrolle 52, 56, 74
- VuB-Regelungen 194–205, 220, 261–274, 307–319, 368
- Wa* (Harmonie in der Gesellschaft) 81
- Wachstumsmachine (in der Rezession) 32, 60
- Waffen, konventionelle 367
- Waffenembargo (siehe auch: Embargos) 190
- Waffenhandel (siehe auch: Handel mit Waffen) 14, 465
- Waffenlieferverbot 306

- Waiver* 96
Wakon yōsai („Technik vom Westen, Geist vom Osten“) 47, 475
War Power (jetzt: *National Security*) 391, 393
 Warenverkehrsfreiheit 221, 434, 497
 Warnhinweise 439
 Warschauer Pakt 119
 Washingtoner Artenschutzabkommen (siehe: CITES)
Wassenaar Arrangement (WA) 119–121, 180
Waste Trade Law 319
 Weltexportquote/Weltexporte 1, 23
 Welthandel 26, 504
 Welthandelabhängigkeit 355
 Weltmarkt 52, 529
 Weltpolizistenrolle 209, 357, 514
 Weltwirtschaft 52
 Wesentlichkeitstheorie 457, 461f
 Wettbewerbspolitik 47
 Widerruf von Verwaltungsakten (siehe: Verwaltungsakt)
 Widerruf / Rücknahme der Genehmigung (siehe auch: Vertrauensschutz) 11, 40f, 442, 483
 Widerrufsvorbehalt (siehe auch: Nebenbestimmungen) 440
 Wiederaufbauhilfe (und *Battle Act 1951*) 57
 Wiederholung von EG-Verordnungen in der AWV 230, 350f, 450f
 Willkürschutz 390, 495
 Wirtschaftsfreiheit 129, 151
 Wirtschaftsgrundrechte 10, 19, 78, 495, 523
 Wirtschaftspolitik 50
 Wirtschaftsregelungen 382
 Wissenschaftsfreiheit 453f, 468, 501
 Wissenstransfer (siehe: Knowhowtransfer)
 WTO-Abkommen 6, 8, 39, 275, 314, 360
 WTO-Recht 6, 8, 39, 92–96, 130, 142, 275, 314, 360, 367, 494, 496, 506, 521
 WTO-TRIPS-Abkommen 43, 114
 WUA 112
Youngstown Sheet & Tube vs. Sawyer 406, 508
 Zahlungsbilanz 13, 184
 Zensur 12, 486f
 Zollabfertigungsverfahren 234, 237
 Zollanpassungen 310
 Zölle:
 – Notmaßnahmezölle 304
 – Ausgleichszölle 305
 – Kampfzölle 305
 Zollerhöhung 47
 Zollfahndungsdienst 249
 Zollfreiheit 58
 Zollgesetze 53, 62
 Zollgrundlage 303
 Zollkontrollen 211
 Zollkriminalamt 249
 Zollpräferenzen 95
 Zollsatzquoten 303, 304
 Zollsenkungen 54, 55
 Zollverfahren 180, 233
 Zollzugeständnisse 364
 Zusicherung 246, 344f
 Zuständigkeitsprüfungsverfahren (siehe auch: *Commodity Jurisdiction Procedure*) 173, 365
 Zuverlässigkeitsprüfung 70
 Zwei-Lager-Theorie 21, 77, 209, 211, 335, 358, 385, 514

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Alphabetisches Verzeichnis

- Axer, Peter*: Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49.*
- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3.*
- Beaucamp, Guy*: Das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung im Recht. 2002. *Band 85.*
- Becker, Joachim*: Transfergerechtigkeit und Verfassung. 2001. *Band 68.*
- Blanke, Hermann-Josef*: Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht. 2000. *Band 57.*
- Böhm, Monika*: Der Normmensch. 1996. *Band 16.*
- Bogdandy, Armin von*: Gubernative Rechtsetzung. 2000. *Band 48.*
- Brenner, Michael*: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*
- Britz, Gabriele*: Kulturelle Rechte und Verfassung. 2000. *Band 60.*
- Burgi, Martin*: Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37.*
- Butzer, Hermann*: Fremdlasten in der Sozialversicherung. 2001. *Band 72.*
- Christian Calliess*: Rechtsstaat und Umweltstaat. 2001. *Band 71.*
- Claasen, Claus Dieter*: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13.*
- Danwitz, Thomas von*: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17.*
- Detterbeck, Steffen*: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11.*
- Di Fabio, Udo*: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8.*
- Enders, Christoph*: Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27.*
- Epping, Volker*: Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32.*
- Fehling, Michael*: Verwaltung zwischen Unparteilichkeit und Gestaltungsaufgabe. 2001. *Band 79.*
- Felix, Dagmar*: Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34.*
- Fisahn, Andreas*: Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung. 2002. *Band 84.*
- Frenz, Walter*: Selbstverpflichtungen der Wirtschaft. *Band 75.*
- Gellermann, Martin*: Grundrechte im einfachgesetzlichen Gewande. 2000. *Band 61.*
- Gröpl, Christoph*: Haushaltsrecht und Reform. 2001. *Band 67.*
- Gröschner, Rolf*: Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4.*
- Groß, Thomas*: Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45.*
- Gurlit, Elke*: Verwaltungsvertrag und Gesetz. 2000. *Band 63.*
- Häde, Ulrich*: Finanzausgleich. 1996. *Band 19.*

- Hase, Friedhelm*: Versicherungsprinzip und sozialer Ausgleich. 2000. *Band 64*.
- Heckmann, Dirk*: Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28*.
- Heitsch, Christian*: Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder. 2001. *Band 77*.
- Hellermann, Johannes*: Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung. 2000. *Band 54*.
- Hermes, Georg*: Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29*.
- Hösch, Ulrich*: Eigentum und Freiheit. 2000. *Band 56*.
- Hohmann, Harald*: Angemessene Außenhandelsfreiheit im Vergleich. 2002. *Band 89*.
- Holzengel, Bernd*: Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18*.
- Horn, Hans-Detlef*: Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42*.
- Huber, Peter-Michael*: Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1*.
- Huster, Stefan*: Die ethische Neutralität des Staates. 2002. *Band 90*.
- Ibler, Martin*: Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43*.
- Jestaedt, Matthias*: Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 1999. *Band 50*.
- Kadelbach, Stefan*: Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36*.
- Kämmerer, Jörn Axel*: Privatisierung. 2001. *Band 73*.
- Kahl, Wolfgang*: Die Staatsaufsicht. 2000. *Band 59*.
- Koch, Thorsten*: Der Grundrechtsschutz des Drittbetroffenen. 2000. *Band 62*.
- Korioth, Stefan*: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23*.
- Kluth, Winfried*: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26*.
- Kugelmann, Dieter*: Die informatorische Rechtsstellung des Bürgers. 2001. *Band 65*.
- Langenfeld, Christine*: Integration und kulturelle Identität zugewanderter Minderheiten. 2001. *Band 80*.
- Lehner, Moris*: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
- Leisner, Anna*: Kontinuität als Verfassungsprinzip. 2002. *Band 83*.
- Lepsius, Oliver*: Besitz und Sachherrschaft im öffentlichen Recht. 2002. *Band 81*.
- Lorz, Ralph Alexander*: Interorganrespekt im Verfassungsrecht. 2001. *Band 70*.
- Lücke, Jörg*: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.
- Luthe, Ernst-Wilhelm*: Optimierende Sozialgestaltung. 2001. *Band 69*.
- Manssen, Gerrit*: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
- Masing, Johannes*: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30*.
- Möstl, Markus*: Die staatliche Garantie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. 2002. *Band 87*.
- Morgenthaler, Gerd*: Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40*.
- Morlok, Martin*: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
- Niedobitek, Matthias*: Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. 2001. *Band 66*.

- Oeter, Stefan*: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33*.
- Pache, Eckhard*: Tatbestandliche Abwägung und Beurteilungsspielraum. 2001. *Band 76*.
- Pauly, Walter*: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7*.
- Pielow, Johann-Christian*: Grundstrukturen öffentlicher Versorgung. 2001. *Band 58*.
- Puhl, Thomas*: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
- Reinhardt, Michael*: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24*.
- Rodi, Michael*: Die Subventionsrechtsordnung. 2000. *Band 52*.
- Rossen, Helge*: Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39*.
- Rozek, Jochen*: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31*.
- Ruffert, Matthias*: Vorrang der Verfassung und Eigenständigkeit des Privatrechts. 2001. *Band 74*.
- Sacksofsky, Ute*: Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben. 2000. *Band 53*.
- Šarčević, Edin*: Das Bundesstaatsprinzip. 2000. *Band 55*.
- Schlette, Volker*: Die Verwaltung als Vertragspartner. 2000. *Band 51*.
- Schmidt-De Caluwe, Reimund*: Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38*.
- Schulte, Martin*: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
- Sobota, Katharina*: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.
- Sodan, Helge*: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*.
- Sommermann, Karl-Peter*: Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25*.
- Storr, Stefan*: Der Staat als Unternehmer. 2001. *Band 78*.
- Trute, Hans-Heinrich*: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
- Uerpmann, Robert*: Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47*.
- Unruh, Peter*: Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes. 2002. *Band 82*.
- Wall, Heinrich de*: Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46*.
- Wolff, Heinrich Amadeus*: Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44*.
- Volkman, Uwe*: Solidarität - Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
- Vofßkuhle, Andreas*: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41*.
- Weiß, Wolfgang*: Privatisierung und Staatsaufgaben. 2002. *Band 88*.
- Ziekow, Jan*: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne vom Verlag
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.
Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>*